Programm für eine libertäre Gesellschaft

und den Weg dorthin...

Die ersten drei Teile des Programms:
Einleitung, Selbstverwaltung, Gerechtigkeit

Perspektive:Selbstverwaltung

Haben wir euer Interesse oder euren Widerspruch geweckt?
Dann schreibt uns: *perspektive-sv@systemli.org*

Website: *perspektivesv.noblogs.org*
Twitter: *twitter.com/perspektive_sv*
Instagram: *instagram.com/perspektive_sv*

Wir bedanken uns herzlich bei allen Mitschreibenden, Inspirierenden, Korrekturlesenden, Unterstützenden und Mitdiskutierenden.

Perspektive Selbstverwaltung, Berlin Winter 2021

Einleitung

Wir schreiben dieses Programm, weil sich die Probleme auf unserem Planeten häufen und wir dabei nicht weiter tatenlos zuschauen wollen. Wir hören immer wieder, dass die Herrschenden dafür verantwortlich sind, sich um diese Probleme zu kümmern. Wir sehen aber, wie sie nicht nur daran scheitern, sondern die Situation tagtäglich verschlimmern. Dieses Programm ist ein Versuch, verschiedene Ideen und konkrete Vorschläge zusammenzubringen und neue zu entwickeln: für eine zukünftige Gesellschaft, für den Weg dorthin und für das Hier und Jetzt.

Für alle, die die Schnauze voll haben. Für die, die jeden Tag befürchten müssen, aufgrund ihres Aussehens, ihres Namens, ihres Passes oder ihres Geschlechtes alles zu verlieren. Für die, die seit Jahrzehnten gezwungen sind, sich kaputt zu arbeiten oder vom Jobcenter demütigen zu lassen. Für jene, die mit Erschrecken und Wut auf die Ereignisse weltweit und hier schauen: Die endlose Liste rassistischer Anschläge, der profitorientierte Umgang mit der Pandemie, die Unfähigkeit der Regierungen aus den Klimakatastrophen Konsequenzen zu ziehen. Für jene Menschen, die diese Wut nicht runterschlucken und die die Hoffnung nicht aufgeben. Denen, die zunehmenden Widerstandsbewegungen weltweit Kraft geben. Für die, die das wunderschöne Potential für Veränderung in der Gesellschaft sehen und die sich deswegen zusammenschließen und handeln. Aber auch für die, die ein nagendes Gefühl der Unzufriedenheit plagt: Kann das wirklich schon alles gewesen sein, was das Leben zu bieten hat?

Bei dieser Veröffentlichung handelt es sich um einen kleinen Teil unseres geplanten Programms. Das vollständige Programm ist unterteilt in den hier vorliegenden Einleitungstext sowie verschiedene gesellschaftliche Teilbereiche. Es muss nicht von vorne bis hinten vollständig gelesen werden, die einzelnen Themen können für sich stehen. Wir werden folgende Themen veröffentlichen: Selbstverwaltung, Arbeit, Gesundheit, Gerechtigkeit, Bildung, Wohnen, Antirassismus & Dekolonialisierung, Feminismus, Infrastruktur, Selbstverteidigung und Ökologie.

Die einzelnen Programmteile bestehen aus:

» einem **Einleitungstext**, der den heutigen Zustand des jeweiligen gesellschaftlichen Teilbereichs kurz beschreibt;

» dem Abschnitt **„Wo wollen wir langfristig hin?“**, in dem wir umreißen, wie der jeweilige Bereich in einer herrschaftsfreien Gesellschaft aussehen kann;

» (z.T.) einem Text zur **Übergangsphase**, der den Weg dahin und dabei entstehende Widersprüche aufzeigt;
» dem Abschnitt **„Was können wir kurzfristig tun?“**, in dem wir für das Hier und Jetzt Ansätze beschreiben, um Gegenmacht aufzubauen und Reformen fordern

Was ist los? - Kurze Bestandsaufnahme der gesellschaftlichen Zustände

Was seht ihr, wenn ihr morgens aufsteht und aus dem Fenster schaut? Wie fühlt ihr euch? Wenn wir aufmerksam durch die Straßen gehen oder in den Spiegel schauen, wird schnell klar, dass der Alltag der meisten Menschen aus kleinen und großen Kämpfen besteht: Der gemeinsame Beschluss mit dem Nachbarn, sich die nächste Mieterhöhung nicht gefallen zu lassen. Die Passantin, die bei der rassistischen Polizeikontrolle oder dem trans*feindlichen Kommentar nicht schweigend wegschaut. Der vereinte Kampf um bessere Arbeitsbedingungen beim Start-Up-Lieferdienst. Diese Kämpfe sind keine Einzelfälle oder gar die Folgen individuellen Scheiterns. Sie hängen direkt miteinander zusammen und sind Folgen aber auch Grundlage der Art von Gesellschaft, in der wir heute leben. Haben die über den Arbeiter*innen einstürzende Textilfabrik in Bangladesh[1], die miserablen Arbeitsbedingungen im deutschen Schlachthof[2] und die Zerstörung der brasilianischen Wälder[3] etwas mit unserem Alltag zu tun?

Die zunehmende Unzufriedenheit über die bestehenden Verhältnisse wird immer deutlicher: weltweit nehmen Protestwellen und Aufstände zu. Die Auslöser können eine Steuerreform, der Anstieg der Ölpreise oder rassistische Polizeigewalt sein: die Bewegungen, die daraus entstehen, entwickeln immer öfter Forderungen nach einem grundlegenden Wandel. In Indien[4] [5] haben sich die Proteste von Landwirt*innen gegen die Agrarreform zu den größten der Landesgeschichte entwickelt. In Argentinien[6] erkämpfte die feministische Streikbewegung die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen. In Belarus protestierten monatelang hunderttausende Menschen, um die Diktatur zu stürzen.[7] [8] [9]

Gleichzeitig erleben wir, wie rechte, faschistische und verschwörungs-ideologische Netzwerke[10] [11] immer selbstbewusster auftreten. Sie befeuern Ängste vor sozialem Abstieg, verbreiten Falschinformationen und erschaffen aus alledem extrem vereinfachte, oft antisemitische Erklärungen für komplexe Zusammenhänge. Quer durch die Gesellschaft zeigt sich, dass menschenfeindliche Ideologien ungebrochen existieren. Die AfD erzielt immer größere Wahlerfolge, rassistische und antisemitische Anschläge sind an der Tagesordnung.[12] [13] Und

das, während staatliche Institutionen wegschauen oder Teil davon sind: Es ist inzwischen gut dokumentiert, wie der Staat, insbesondere Teile von Polizei, Militär und Verfassungsschutz, in den Aufbau, die Vernetzung, die Finanzierung und die Vertuschung von rechtem Terror verwickelt sind.[14 15 16]

Angesichts globaler Krisen wie der Corona-Pandemie und dem Klimawandel zeigt sich, dass nicht nur rechte Parteien Verunsicherung und Ängste nutzen. Die aktuellen Maßnahmen, wie die Verschärfung von Grenzkontrollen und Überwachung oder der Abbau von Arbeitsrechten, kommen aus der sogenannten „Mitte" und auch von vermeintlich linken Parteien. Unter dem Vorwand, den nationalen Wohlstand zu sichern, erleben wir die immer stärker werdende Spaltung zwischen Arm und Reich.[17] Diese Krisen betreffen zwar alle, aber nicht alle Menschen gleich heftig. Wenn ich an einer Supermarktkasse arbeite, alleinerziehend bin oder wegen meines Aussehens unter Generalverdacht stehe, das Virus zu verbreiten, trifft mich die Pandemie härter als andere.[18] Gleichzeitig machen Leute wie der Vorstand von Amazon das Geschäft ihres Lebens.[19]

Ähnliches gilt für die Klimakrise: Je nachdem, wo auf dem Planeten ich lebe, treffen mich die Folgen stärker.[20] Natürlich verändert sich auch in Mitteleuropa das Klima. Aber im Alltag der meisten Menschen, die hier leben, sind die unmittelbaren Auswirkungen wenig präsent. Anders ist es etwa im Mittleren Osten, wo bereits seit Jahren aufgrund von Dürren die Lebensmittelpreise steigen. Die Klimakrise ist längst zum wichtigen Faktor in politischen Entwicklungen geworden. Am Beispiel Syriens[21] zeigt sich der Einfluss von Dürren auf die Aufstände seit 2011 (sogenannter Arabischer Frühling), woanders verlieren Menschen nach Klimakatastrophen ihren Lebensraum und sind zur Migration gezwungen.[22] Offensichtlich ist die Klimakrise nicht die einzige Ursache für Vertreibung und Flucht, den Tod von Menschen im Mittelmeer oder die Kämpfe um Asyl. Diese Entwicklungen werden in den Medien als isolierte Ereignisse dargestellt, jedoch ohne die globalen Zusammenhänge oder ihre Ursprünge zu benennen.

Die Krisenhaftigkeit dieses Systems liegt nicht an der fehlerhaften Umsetzung einer an sich guten Idee. Die Funktionsweisen des Kapitalismus an sich sind das Problem. Doch was genau meinen wir damit?

Kapitalismus ist mehr als ein Wirtschaftssystem, das auf der Ausbeutung von Menschen und Natur für den Profit einiger weniger basiert. Kapitalismus ist Teil unserer Gesetze, unseres Demokratieverständnisses, unseres Bildungssystems, unseres Verständnisses von Liebe, unseres Denkens. Es handelt sich um ein gesellschaftliches System, das uns von Geburt an prägt und das wir selber reproduzieren. Die Ursprünge dieses Systems sind vielfältig.

Die Erzählung, die wir aus der Schule kennen, ist, dass sich der Kapitalismus

im Zuge der industriellen Revolution natürlich und fließend entwickelt hat. Die Organisierungs- und Wirtschaftsformen, die vorher da waren, besonders die jenseits von Europa, werden kaum thematisiert. Genauso wenig der Umstand, dass diese sich nicht in einem fließenden Prozess gewandelt haben, sondern mit unglaublicher Brutalität unterdrückt wurden. Als Folge des europäischen Kolonialismus und späteren Imperialismus seit dem 15. Jahrhundert wurden weltweit ganze Gesellschaften vernichtet und ausgebeutet. Afrikanische Menschen wurden verschleppt, versklavt und ihre Arbeitskraft in den Amerikas über Jahrhunderte ausgebeutet.[23] Die Tonnen an Gold und Silber, die dem lateinamerikanischen Kontinent durch tödliche Zwangsarbeit entrissen wurden, machten die Industrialisierung in Europa und später in den USA überhaupt erst möglich.[24][25] Gleichzeitig wurden in Europa Bäuer*innen und Gemeinschaften enteignet, ihrer Selbstversorgungsgrundlage beraubt und so in die Lohnarbeit in Städten und Fabriken gezwungen. Frauen* wurden aus bezahlter Arbeit in unbezahlte Sorgearbeit verdrängt.[26][27]

Dass die fortschreitende Anhäufung von natürlichen Ressourcen und Eigentum von Anfang an auf Rassismus, Patriarchat[a], Unterdrückung, Ausbeutung und extremer Gewalt basiert, wird heute oft vergessen. Wenn wir die Geschichte des Kapitalismus anerkennen, dann heißt das, dass der heutige Kapitalismus untrennbar mit Rassismus, patriarchalen Strukturen und anderen Unterdrückungsformen verwoben ist. Wir können sie nicht als voneinander losgelöste Probleme überwinden.

Der Nationalstaat hat sich als ein Verwaltungssystem entwickelt, in dem sich der Kapitalismus ungehindert weiterentwickeln konnte und kann. Individualismus und Nationalismus verhindern eine weltweite Solidarisierung gegen Unterdrückung und Ausbeutung. Der Fokus auf wirtschaftliches Wachstum, das Versprechen individuellen Glücks, aber auch die Angst vor Armut, lassen Lohnarbeit zum Fokus unseres Lebens werden. Gesetze, Strafen und Wahlen sollen uns das Gefühl von Sicherheit, Ordnung und Mitbestimmung geben, während wir das Gefühl dafür verlieren, was Gerechtigkeit, Freiheit und Selbstbestimmung eigentlich bedeuten. Die Ungerechtigkeit, die uns jeden Tag begegnet, ist nicht alternativlos.

Wir brauchen eine grundlegende Veränderung und wir sind überzeugt, dass diese nur umsetzbar ist, wenn wir die Sache selber in die Hand nehmen.

---

a: Patriarchat bezeichnet die Vorherrschaft von cis-Männern und die daraus folgende Unterdrückung von Frauen* und queeren Menschen. Diese sind historisch gewachsen und zeigen sich in allen Lebens- und Gesellschaftsbereichen. Die Trennung von Lohn- und Reproduktionsarbeit, die Vorstellungen von Geschlecht und Geschlechterrollen sowie die ungleiche Verteilung von Ressourcen basieren auf patriarchalen Denk- und Verhaltensmustern.

Doch dafür brauchen wir eine Vision, wo wir hin wollen: zu einer klassenlosen Gesellschaft, die nicht auf der Ausbeutung von Menschen und Natur basiert. Wir müssen uns überlegen, wie diese Gesellschaft aussehen kann, um unsere Ziele zu kennen. Aber allein die Vorstellung einer Utopie wird nicht reichen. Wir müssen uns fragen: Wie kommen wir da hin? Was müssen wir dafür tun, wie schaffen wir die (materielle) Basis dafür? Was können wir heute schon verändern, aufbauen?

Auf diese Fragen antwortete Gustav Landauer 1910: *„Der Staat ist ein Verhältnis, eine Beziehung zwischen Menschen, ist eine Art, wie sich Menschen zueinander verhalten; und man zerstört ihn, indem man andere Beziehungen eingeht, indem man sich anders zueinander verhält“.*[28] In diesem Sinne: lasst uns neu zueinander in Beziehung treten und die Verhältnisse zum Tanzen bringen!

Was tun? - Soziale Revolution, Gegenmacht, Reformen

„Keine Menschen auf der Welt, keine Menschen in der Geschichte, haben jemals ihre Freiheit erlangt, indem sie an die Empathie derjenigen appellierten, die sie unterdrückten.“

Assata Shakur[29]

Wie können die grundlegenden Veränderungen, die wir in diesem Programm vorschlagen, umgesetzt werden? Einige würden vorschlagen, eine Partei zu gründen und sich ins Parlament wählen zu lassen. Es ist zwar nicht egal, ob eine eher linke oder rechte Partei an der Macht ist. Aber wie eben beschrieben, ist das tägliche Unrecht untrennbar mit Staat und Kapitalismus verknüpft. Es ist unmöglich, diese Unterdrückung innerhalb des Systems durch Wahlen und Parteien zu überwinden. Eine Partei kann noch so gute Ziele verfolgen – sobald sie in der Regierung ist, muss sie sich innerhalb der Regeln des Systems bewegen, um dort zu bleiben. Wenn wir daran wirklich etwas ändern wollen, müssen wir das auf einer ganz neuen Grundlage tun.

Soziale Revolution

Wenn wir von Revolution sprechen, meinen wir eine grundlegende und nachhaltige Veränderung. Stellen wir uns die Gesellschaft als ein lebendes

Wesen vor: Sie befindet sich in einem fortwährenden Wandel, den wir als Evolution bezeichnen können, da er langsam vor sich geht. Daneben gibt es Revolutionen: abrupte Veränderungen, die in relativ kurzer Zeit passieren. Eine schnelle Veränderung kann in allen möglichen Bereichen geschehen. So wird beispielsweise von der industriellen oder digitalen Revolution gesprochen, wenn technische Revolutionen gemeint sind. Oder von einer politischen Revolution, wenn die Herrschaftsform einer Region geändert wird und damit grundlegende politische Wandel einhergehen.

Um aber Herrschaft zu überwinden, braucht es mehr als einen Wechsel der politischen Verwaltung. Um wirklich etwas zu verändern, müssen wir das Fundament unserer Gesellschaft mit neuen Augen betrachten und herrschaftsfrei gestalten. Unser Ziel ist also eine soziale Revolution. Neben Bereichen wie der Bildung, der Kultur, der Wirtschaft, Arbeit oder Verwaltung wollen wir auch unsere zwischenmenschlichen Beziehungen anders gestalten.

Unsere Beziehungen zueinander sind heute oft von Machtunterschieden geprägt: Chef*innen können entscheiden, was ihre Angestellten tun, Lehrkräfte bestimmen, was die Schüler*innen lernen oder auf der Arbeit ist „der Kunde König“. Uns wird eingeredet, das sei die natürliche Ordnung: einige seien dazu veranlagt zu folgen, andere dazu, zu führen. Natürlich ist Herrschaft viel komplexer als das. Wenn wir eine Welt anstreben, in der alle gleichberechtigt miteinander leben können, muss das Ziel der sozialen Revolution sein, Systeme zu erschaffen, die die positiven Aspekte der Menschen zum Vorschein bringen. Die nicht mehr darauf ausgelegt sind, dass wir unseren Wert über die Abwertung oder Ausbeutung anderer Menschen definieren.

Eine solche Gesellschaft kann nur ermöglicht werden, wenn die materielle Grundlage dafür geschaffen wird. Damit eine Gesellschaft funktionieren kann, muss sie sich auch ernähren können, braucht Wohnraum, Krankenhäuser, eine Infrastruktur usw. Heute sind diese Mittel überwiegend Privat- oder Staatseigentum. Das ist kein Zufall. Dass eine sehr kleine Gruppe von Menschen über diese Mittel verfügt, und dass Besitz so ungleich verteilt ist, ist eine wichtige Stütze von Herrschaft. In der zukünftigen Gesellschaft sollen diejenigen über diese Mittel verfügen, die sie nutzen oder damit arbeiten. Soziale Revolution heißt auch, an den materiellen Grundfesten zu rütteln und sie zu Fall bringen, beispielsweise durch umfassende Enteignungen und Überführung in gemeinschaftlichen Besitz.

Revolution bedeutet zwar Veränderung in kurzer Zeit, trotzdem glauben wir nicht an den einen Moment, in dem sie stattfindet. Soziale Revolution stellt vielmehr einen Prozess dar, der nicht frei von Widersprüchen sein wird: Es werden sich immer wieder Menschen organisieren, auf andere Bewegungen treffen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede finden und sich

zusammenschließen. Soziale Revolution ist ein Prozess des Lernens, des Austauschs, des Aufbauens, der Rückschläge und Erfolge.

Wie die Vergangenheit und die Gegenwart zeigen, lassen die Herrschenden es nicht einfach zu, dass wir eigene Strukturen aufbauen und uns als Gesellschaft verändern.[30] Es liegt in der Natur von Macht, dass jene, die sie besitzen, ihre Position behalten wollen. Daher gehen wir davon aus, dass wir die Veränderungen, die wir gemeinsam aufbauen, auch verteidigen werden müssen.

Gegenmacht

Die Schlussfolgerung daraus, dass Soziale Revolution nicht der eine Moment ist, auf den wir warten, ist für uns, dass wir schon heute anfangen, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und unser Zusammenleben unabhängig von staatlichen Strukturen zu organisieren. Dafür müssen wir Gegenmacht aufbauen. Wenn soziale Revolution bedeutet, alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens zu transformieren, sollte in allen diesen Bereichen Gegenmacht aufgebaut werden. Es kann bedeuten, dass wir eigene Bildungsangebote schaffen und Modelle entwickeln, die uns mehr ökonomische Unabhängigkeit geben. Oder, dass wir lernen, Konflikte untereinander zu klären und einen Umgang mit zwischenmenschlicher Gewalt zu finden.[31] Genauso kann es auch bedeuten, dass wir in der Lage sind, uns gemeinsam gegen staatliche Angriffe zu wehren, seien es Entlassungen, Abschiebungen oder Zwangsräumungen. Und es bedeutet auch, dass wir die Formen der Herrschaft, die wir von Klein auf gelernt haben, überwinden, um unser Verhalten zueinander und unsere Beziehungen gleichberechtigt zu gestalten.

Insgesamt heißt es also, Strukturen aufzubauen, die alle unsere Bedürfnisse unabhängig von Staat und Kapitalismus befriedigen, und diese Strukturen miteinander zu vernetzen.

Reformen

Auch wenn Gegenmachtstrukturen zu einer konkreten Verbesserung unseres Alltags führen können, befinden wir uns in einer Situation, in der es nicht immer möglich ist, sich der staatlichen Logik komplett zu entziehen. Daher halten wir es für notwendig, Vorschläge für Reformen zu machen, die unsere unmittelbare Situation verbessern. Dabei ist klar, dass reiner Reformismus, also die Vorstellung, dass das System durch Reformen von innen verändert werden kann, kein Weg zum Aufbau einer anderen Gesellschaft ist. Mit Reformen meinen wir Maßnahmen, die von Staaten umgesetzt werden. Dabei sehen wir einen großen Unterschied zwischen Reformen, die uns „von oben verabreicht“ werden und unsere Situation verschlimmern können (wie z.B. Arbeitsrechtsreformen), und solchen, die von unten, also aus der Gesellschaft heraus, erkämpft werden

(wie z.B. der 8-Stunden-Tag und das Frauen*wahlrecht). Aktuell würde z.B. ein bundesweiter Mietendeckel, bedingungsloses Bleiberecht für alle oder die Legalisierung von Abtreibungen unsere Leben leichter machen. Dabei sollten wir uns der Gefahren bewusst sein: Wenn der Staat Forderungen von Protestbewegungen entgegenkommt, dann mit dem Ziel, die Kontrolle zu behalten, indem die Proteste befriedet und gespalten werden. Diese Reformen kann er jederzeit zurücknehmen oder einschränken.[32] [33] Außerdem können wir uns so sehr in staatlichen Sachzwängen verlieren, um „realistische" Forderungen zu stellen, dass wir das Ziel aus den Augen verlieren. Wir sehen Reformkämpfe als Lernfeld für politische Organisierung, die zu unmittelbaren Verbesserungen führen können. Dabei muss klar sein, dass wir bei diesen Reformen niemals stehen bleiben dürfen.

Aber wie? - Anarchistische Grundwerte

Unsere Vorschläge für gesellschaftliche Veränderung können niemals vollständig und widerspruchsfrei sein. Daher kommt es auf die dahinterstehenden Grundwerte an. Diese bieten eine Orientierung in all den offenen Fragen und Widersprüchen, die uns begegnen werden. Genau wie das heutige kapitalistische System auf Grundwerten basiert, kann sich auch die zukünftige Gesellschaft nicht nur anhand geteilter materieller Interessen, sondern auch anhand geteilter Werte organisieren. Wie oben beschrieben, ist ein Grundcharakter von anarchistischem Denken und Handeln die Überwindung von Herrschaft. Daraus ergeben sich verschiedene Grundwerte. Schon jetzt sollten diese nicht nur unsere Theorie, sondern auch unsere Strategie und Taktik sowie unsere alltäglichen Beziehungen prägen. Die Mittel, also die Art und Weise, wie wir uns heute organisieren und miteinander umgehen, werden das Resultat bestimmen:

Selbstorganisation von unten statt Herrschaft von oben. Gegenseitige Hilfe und Solidarität statt Ausbeutung und Konkurrenz. Freie Assoziation und Gemeinschaftlichkeit statt Repräsentation und Individualismus. Kollektive Verantwortungsübernahme und direkte Aktion statt Vereinzelung und Handlungsunfähigkeit.

Was diese Konzepte bedeuten und wie sie angewendet werden können, erklären wir in den folgenden Kapiteln, hauptsächlich bei „Selbstverwaltung".

Eine konsequente Herrschaftskritik schließt andere Grundhaltungen mit ein. Dazu gehört die Erkenntnis, dass ein großer Wert darin liegt, andere Perspektiven und neue Ideen anzuerkennen und wertzuschätzen oder die Bereitschaft, daraus zu lernen und das eigene Verhalten zu verändern.

Freiheit, die auf der Unterdrückung anderer basiert, kann niemals echte Freiheit sein. Daher sind wir nicht frei, solange nicht alle frei sind.[34] Und wir werden das kapitalistische System nicht überwinden, solange wir die Unterdrückungen, auf die es sich stützt, nicht überwinden. Ob Antirassismus, Feminismus oder Klassenkampf, ob Klimagerechtigkeit oder Internationalismus - diese Kämpfe können nur zusammen gedacht und gemeinsam geführt werden.

Von wem? - Zu diesem Programm und den Schreibenden

Wir sind Perspektive Selbstverwaltung (PS), eine anarchistische Organisation im Aufbau, aus Berlin.

Die vorliegenden Texte und Vorschläge basieren auf unseren Ideen, ausführlicher Recherche, unseren Erfahrungen und denen der Menschen, mit denen wir in Dialog getreten sind. Sie basieren ebenso auf dem Wissen aus jahrzehnte- und jahrhundertelangen Widerstandskämpfen und revolutionären Bewegungen. Sie bilden den Versuch ab, die Bedingungen unseres Lebens und unserer Umwelt zu verstehen, um diese zu verändern. Um dies sichtbar zu machen und euch die Möglichkeiten zum Weiterlesen und zur Kontaktaufnahme zu geben, findet ihr im Anhang des Programms eine Link-Liste zu Gruppen, Bewegungen und Personen, auf die wir uns beziehen.

Neben den konkreten Vorschlägen stellen wir innerhalb der Programmpunkte Fragen, die wir bewusst unbeantwortet lassen. Einerseits, weil unser Wissen und unsere Perspektiven begrenzt sind. Andererseits wollen wir diese offenen Fragen gemeinsam mit euch diskutieren und verschiedene mögliche Antworten finden. Wir möchten mit diesem Programm zum einen Anstöße zum Nachdenken, Diskutieren und Handeln geben. Zum anderen wollen wir eine Einladung an interessierte Menschen und Gruppen aussprechen: Ihr seid die Expert*innen eurer Alltagskämpfe und wir freuen uns über eure Rückmeldungen und Ergänzungen, aber auch über eure Kritik und euren Widerspruch. Wir wollen das Programm mit euch und euren Anregungen weiterentwickeln, aber freuen uns auch wenn ihr selbständig was damit macht.

Die grundlegenden Veränderungen, die wir vorschlagen, können wir nur gemeinsam, als Gesellschaft, umsetzen. Wir sehen uns als aktiven Teil davon. Wir wollen gemeinsam Prozesse des Aufbaus in Gang setzen und euch hiermit dazu ermutigen, euch zusammenzuschließen und die Dinge selbst in die Hand zu nehmen!

Fußnoten u. Quellen

1. Medico International, *Medico Factsheet - Mode und Textilbranche* , Medico International, 2018 (Faktensammlung).
2. Jule Reimer, *Warum die Arbeitsbedingungen in Schlachtbetrieben so prekär sind*, Deutschlandfunk, 2020 (Artikel).
3. Norbert Suchanek, *Brasiliens bedrohte Galeriewälder - Corona bremste zwar die Wirtschaft, nicht aber die Brände und Rodungen*, Neues Deutschland, 2021 (Artikel).
4. Dominik Müller, *Indien und die Bauernproteste - Beginnt der Niedergang von Modis BJP?*, Qantara.de, 2021 (Artikel).
5. Mahima A. Jain, *Die ökologischen Hintergründe der Agrarkrise in Indien*, Deutsche Welle, 2021 (Artikel).
6. Caroline Kim, *Durch den Streik die Welt verstehen - Verónica Gago über die neue Welle antipatriarchaler Kämpfe und ihr Buch »Für eine feministische Internationale«*, Analyse & Kritik, 2021 (Artikel).
7. Ara Holmes & Kim García, „Schritte in eine ungewisse Zukunft” (Teil 1) - Hintergrund und Analyse zum Beginn der Proteste, in: *Zwischen Neoliberalismus und Revolution - Textsammlung zu den Protesten in Belarus*, S. 13-17, 2020 (Broschüre).
8. Friedrich Burschel (Hrsg.), *Durchmarsch von Rechts. Völkischer Ausbruch: Rassismus, Rechtspopulismus und Rechter Terror*, Rosa Luxemburg Stiftung, 2017 (Buch).
9. #rC3 - *Kein Filter Für Rechts*, Media.CCC.de, 2021 (Video).
10. Initiative 19. Februar Hanau (Internetseite).
11. Konrad Litschko, *Seehofers „geringe“ Fallzahl - 380 rechtsextreme Vorfälle in den Sicherheitsbehörden zählt ein Lagebild*, 1.064 bei der Bundeswehr. Ein strukturelles Problem? Nein, sagt Seehofer, taz, 2020 (Artikel)
12. Kommunistischer Aufbau, *Wieviel Staat steckt in rechten Terror-Strukturen und wie können wir uns schützen?*, 2019 (Broschüre).
13. Ulrich Sander, *AfD und andere rechte Netzwerke in Bundeswehr und Polizei*, 2019 (Referat).
14. Amadeo Antonio Stiftung, *Staatsversagen. Wie Engagierte gegen Rechtsextremismus im Stich gelassen werden. Ein Report aus Westdeutschland,* 2013 (Broschüre).
15. Christina Schmidt & Sebastian Erb, *Rechte Netzwerke & die „Affäre Caffier“*, Jung & Naiv, Nr. 489, 2020 (Video).
16. Das sehen wir besonders deutlich am Beispiel des NSU:
    a. Amadeo Antonio Stiftung, *438 Verhandlungstage sind nicht das Ende der Aufklärung. Zum Urteil im ersten NSU-Prozess*, 2018 (Broschüre).
    b. *Andere zustände ermöglichen, Prozesse der Aufarbeitung. Ein erstes Fazit zum Ende des NSU-Verfahrens*, Seitenhieb Verlag, 2017 (Broschüre).
    c. *NSU-Watch*, Analyse und Recherche (Internetseite).
    d. Saal 101, *Dokumentarhörspiel zum NSU-Prozess*, ARD, 2021 (Hörspiel).
17. WSI Verteilungsmonitor - Institut der Hans-Böckler-Stiftung, *Aktuelle Grafiken, Daten und weiterführende Informationen zu Lohnentwicklung und der Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen* (Internetseite).
18. Natürlich sind auch Menschen aus Risikogruppen besonders stark von der Pandemie betroffen. Die verschiedenen Faktoren verschränken sich miteinander, Armut ist die häufigste Krankheitursache weltweit. Siehe: Nelli Tügel, *Das Tabu - Arme sterben im Durchschnitt früher und besonders häufig an Covid-19, doch in Deutschland interessiert das kaum*, Analyse & Kritik, 2021 (Artikel).

19. Oxfam, *Das Ungleichheitsvirus - Wie die Corona-Pandemie soziale Ungleichheit verschärft und warum wir unsere Wirtschaft gerechter gestalten müssen - Deutsche Zusammenfassung*, Oxfam Deutschland, 2021 (Studie).
20. Hildegard Bedarff & Cord Jakobeit, *Klimawandel, Migration und Vertreibung - Die unterschätzte Katastrophe*, Greenpeace Deutschland, 2017 (Studie).
21. Jennifer Holleis, *Wie der Klimawandel zum Krieg in Syrien beitrug*, Qantara.de, 2021 (Artikel).
22. Christine Lottje, *Migration und Flucht durch Klimawandel - Wie der Klimawandel Menschen zur Aufgabe ihrer Heimat zwingt*, Oxfam Deutschland, 2016 (Broschüre).
23. Bafta Sarbo, *Einführung in die materialistische Rassismuskritik*, Kritische Orientierungswochen HU Berlin, 2020 (Video-Vortrag).
24. Karl Marx nennt diesen Prozess „Ursprüngliche Akkumulation“ (Anhäufung) von Kapital. Karl Marx, *Das Kapital, Band 1, Kritik der politischen Ökonomie*, Kap. 24, „Die sogenannte Ursrüngliche Akkumulation“, 1867 (Buch).
25. Eduardo Galeano, *Die offenen Adern Lateinamerikas. Die Geschichte eines Kontinents von der Entdeckung bis zur Gegenwart*, 2002, Erweiterte Auflage, Peter Hammer Verlag, S. 54-116 (Buch).
26. Silvia Federici, Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation, 2020, 7. Auflage, Mandelbaum Kritik & Utopie (Buch).
27. Mariana Schütt, *Hexenverbrennung und die ursprüngliche Akkumulation*, kritisch-lesen.de, 2013 (Rezension).
28. Gustav Landauer war Anarchist und in der Novemberrevolution 1918/19 sowie der Münchner Räterepublik im April 1919 beteiligt. In: Gustav Landauer, *Schwache Staatsmänner, schwächeres Volk!*, Der Sozialist, 1910 (Artikel).
29. Assata Shakur ist eine Schwarze Freiheitskämpferin, ehemaliges Mitglied der Black Panthers und lebt seit 1979 im politischen Exil. Englisches Original-Zitat: *„Nobody in the world, nobody in history, has ever gotten their freedom by appealing to the moral sense of the people who were oppressing them.“* in: Assatashakur.org (Internetseite).
30. Ein aktuelles Beispiel sind die andauernden Angriffe auf Rojava (Nordsyrien) u.a. durch den türkischen Staat, mehr Infos auf Civaka Azad - Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e.V. (Internetseite).
31. *Polizeiproblem*, Analyse & Kritik, 2020, (Sonderheft).
32. Thomas Giovanni, *Building Power and Advancing: For Reforms, Not Reformism*, Black Rose Anarchist Federation, 2017 (Artikel).
33. Eiszeit, *Moloch und Heilsbringer. Zur Geschichte und Kritik des Sozialstaats*, Kosmoprolet, 2016 (Artikel).
34. Der Anarchist Michael Bakunin, Mitbegründer der ‚Internationalen Arbeiterassoziation‘ (Erste Internationale), sagte dazu: *„Meine Freiheit ist die Freiheit aller, da ich nur dann wirklich, nicht nur in Gedanken, sondern auch tatsächlich frei bin, wenn meine Freiheit und mein Recht durch die Freiheit und das Recht aller mir gleichgestellten Menschen befestigt ist.“* in: Errico Malatesta, *Anarchie*, 1891 (Broschüre).

Selbstverwaltung

Mit Verwaltung meinen wir, wie die Gesellschaft, in der wir leben, organisiert ist. Die heute vorherrschende gesellschaftliche Verwaltungsform ist der Staat. Er ist eine hierarchische Form der Verwaltung, in der die Strukturen so aufgebaut sind, dass es eine Befehlskette von Oben nach Unten gibt. Oben werden die Entscheidungen getroffen und nach unten geschickt, wo sie ausgeführt werden sollen. Der Staat ist also nicht nur eine Versammlung von Institutionen und Instanzen wie z.B. der Regierung, den Ministerien, dem Schulsystem, dem Steueramt, der Polizei und der Armee. Er ist auch eine soziale Beziehung zwischen diesen unterschiedlichen Institutionen und der Regierung an der Spitze und zwischen diesen Institutionen und der Gesellschaft – und damit eine hierarchische und zentralistische Beziehung.

Das Wesen der Verwaltung wird nicht nur von den organisatorischen Strukturen bestimmt, sondern auch von den Grundwerten, auf denen sie aufbaut. In der BRD wird sich z.B. immer wieder auf die sogenannte „freiheitlich demokratische Grundordnung“[1] berufen. Allein in den offen dort bestimmten Prinzipien wird deutlich, dass es um Konkurrenz und Repräsentation statt um Zusammenarbeit und direkte Beteiligung geht (*„[das Volk] hat die Auswahl zwischen konkurrierenden Parteien“*); oder dass es darum geht die Verantwortung über unsere Leben einer kleinen Gruppe von Menschen zu überlassen statt es selber in die Hand zu haben (*„[Grundlegendes Prinzip:] die Verantwortlichkeit der Regierung“*).

Wenn wir in die Geschichte zurückblicken, sehen wir einen engen Zusammenhang zwischen der Entstehung der repräsentativen Demokratie und dem Kapitalismus. Der moderne Staat hat seinen Ursprung in der Monarchie und dem Feudalismus, wo Verwandtschaft für politischen und ökonomischen Einfluss und Macht entscheidend waren. Mit dem Handel und der Industrialisierung im 19. Jahrhundert kamen aber neue ökonomische Kräfte auf, die sich auch einen Platz am Tisch sichern wollten und innerhalb einiger Jahrzehnte entstand die moderne Form des Staates. Er entspricht aber noch immer stark seinem Ursprung und der Einfluss ökonomischer Kräfte, wie Unternehmen, ist noch immer groß. Wie der Kapitalismus hat auch der Staat seinen Ursprung in der Anhäufung von Kapital. Die Voraussetzungen dafür waren die Ausbeutung der Erde und unserer Arbeitskraft, die Entwertung reproduktiver Arbeit und der Kolonialismus.

Das klingt erst mal sehr widersprüchlich zu der Grundlage, die mit der „freiheitlich-demokratischen Grundordnung“ geschaffen wurde, um das heutige

System zu legitimieren: Menschenrechte, Mitspracherecht[2], Sozialleistungen, usw. Wir sind vor dem Gesetz alle gleich, dürfen alle vier Jahre wählen gehen, haben Anspruch auf Harz IV, wenn wir unseren Job verlieren. Aber die Realität sieht anders aus: unser Nachname, Aussehen, Pass, Geschlecht oder wie viel Geld wir in der Tasche haben bestimmen, wie gut unsere Chancen sind, davon etwas abzubekommen. Die Versprechen der Parteien, daran etwas zu ändern, können noch so schön klingen. Aber das Unrecht, das wir täglich erfahren, ist eine direkte Folge davon, dass es in der Hand einer privilegierten Minderheit liegt, die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" nach ihrem Vorteil zu interpretieren. Alle vier Jahre wählen zu gehen, wird daran nichts Grundsätzliches ändern. Wenn wir damit brechen wollen, brauchen wir also ein ganz anderes Fundament unserer Gesellschaft.

Uns wird immer wieder eingeredet, dass das heutige System so komplex sei, dass wir es als „normale Menschen" eh nicht verstehen würden. Das lernen wir in der Schule, auf der Arbeit und in den Medien. Wir denken aber, dass wir sehr wohl dazu in der Lage sind, selber für unsere Belange einzustehen und gemeinsam Entscheidungen zu treffen. Wir sind überzeugt, dass das der einzige Weg ist, um die Interessen aller Menschen gleichberechtigt miteinzubeziehen.

Die Basis, um das zu realisieren ist für uns Selbstverwaltung. Wenn wir in die Geschichte und über den westlichen Tellerrand hinausschauen, sehen wir, wie Menschen und Gemeinschaften sich immer wieder anhand materieller Bedürfnisse und geteilter Werte zusammenschließen und zusammenarbeiten.[3] [4] [5] [6] Wie z.B. die Mbuti, die seit Jahrhunderten in staatslosen, gleichberechtigten, auf Kooperation basierenden Gemeinschaften im Ituri Regenwald der heutigen DR Kongo leben, ohne die Natur oder sich untereinander auszubeuten.[7] Oder wie in Cherán, Mexico, wo die über 20.000 Einwohner*innen eine autonome selbstverwaltete Gesellschaft aufbauten, in der die Bedürfnisse dieser im Mittelpunkt stehen, nachdem sie 2011 die Kartelle, lokale Autoritäten und die Polizei vertrieben haben.[8] Auf verschiedensten Ebenen zeigt sich überall und immer wieder der Impuls nach gegenseitiger Hilfe und gemeinschaftlicher Organisation. Auch in Gesellschaften wie der unseren, in denen der Staat großen Einfluss auf viele Bereiche unseres Lebens hat, beispielsweise an der Vielfalt von Vereinen, Hilfsnetzwerken und Stiftungen.[9] Aber auch in Katastrophensituationen, in denen der Staat beginnt, die Kontrolle zu verlieren. So organisierten die Menschen nach dem Hurrikan Katrina 2005 in New Orleans, USA, selbständig Rettungs- und Versorgungsaktionen, als die staatlichen Strukturen kollabierten.[10] [11] [12] [13]

In der freien und klassenlosen Gesellschaft, die wir anstreben, sind folgende Grundwerte wichtig. Erstens das Prinzip der freien Assoziation, womit wir meinen, dass es uns allen frei stehen soll zu entscheiden, mit wem und wo

wir unsere Leben organisieren, solange das nicht benutzt wird, um andere zu unterdrücken oder auszubeuten. Zweitens gegenseitige Verantwortlichkeit, sowohl von Individuum zu Individuum, zwischen Individuum und der Gemeinschaft, aber auch von Gemeinschaft zu Gemeinschaft.[14] Drittens gegenseitige Hilfe, weil keine Gemeinschaft völlig selbständig alle ihre Bedürfnisse befriedigen kann und die Zusammenarbeit verschiedener Gemeinschaften eine nachhaltigere Grundlage bietet als Konkurrenz.[15]

Um zu verhindern, dass sich neue Herrschaftsstrukturen bilden, sind zwei Sachen wichtig. Erstens sollten die Strukturen der neuen Gesellschaft so aufgebaut sein, dass sie eine dauerhafte Konzentration von Macht in der Hand weniger Menschen unmöglich machen. Zweitens erfordert es die Fähigkeit der Gesellschaft, Prozesse der Machtkonzentration, wenn diese trotzdem stattfinden, frühzeitig zu erkennen und zu verhindern.[16]

Im heutigen Verwaltungsapparat werden die Interessen vieler gesellschaftlicher Gruppen, die von struktureller Unterdrückung betroffen sind, nicht beachtet. Die Perspektive von z.B. Frauen* und Queeren Menschen, People of Color und Migrant*innen, oder Menschen mit Behinderungen ist häufig nicht vertreten und wenn dann oft nicht durch betroffene Personen selbst. Wir denken, dass marginalisierte Menschen selber am besten wissen, wovon sie betroffen sind und für ihre Bedürfnisse einstehen können. Deswegen sollen einerseits die Strukturen der Selbstverwaltung die Zusammensetzung der Gesellschaft repräsentieren. Andererseits soll es Strukturen autonomer Organisierung geben, die gewährleisten, dass die Perspektiven und Bedürfnisse dieser Gruppen in der Gestaltung der Gesellschaft das Gewicht erhalten, das ihnen zusteht.

Wir werden aber nicht von einen Tag auf den anderen alle Grundwerte und Fähigkeiten umsetzen können, die für eine selbstverwaltete Gesellschaft nötig sind. Es gibt schon viele soziale Kämpfe, die heute und in der Vergangenheit diesen Prozess vorantreiben. Diese Kämpfe sind die Keime der zukünftigen Gesellschaft.

Dieser Teil des Programms stellt die Basis aller anderen Teile dar. Hier beschreiben wir, wie die einzelnen Bereiche der Gesellschaft (z.B. Arbeit, Wohnen oder Gerechtigkeit) im Austausch miteinander stehen können.

1. Wo wollen wir langfristig hin?

1.1 Grundprinzipien der Selbstverwaltung

A. Alle Macht der Basis: Politik soll nicht mehr eine Sache von wenigen Professionellen sein. Alle können mit-entscheiden, wenn sie davon direkt betroffen sind. Das setzt aktive Beteiligung voraus. Entscheidungen werden z.B. auf Vollversammlungen getroffen, die sich um bestimmte Lebensbereiche herum organisieren (z.B. ein Häuserblock oder Arbeitsplatz).

B. Selbstbestimmung des Individuums: Der Erfolg der freien Gesellschaft hängt ab von der selbstbestimmten Initiative des Individuums und vom vereinten Handeln. Jedem Individuum ist frei, sich wo gewünscht niederzulassen, selbständig Aktivitäten zu entfalten und sich am sozialen Leben zu beteiligen. Gleichzeitig besteht eine Abhängigkeit von der Gemeinschaft, die den Zugang zu materiellem Wohlhaben, persönlichen Entfaltungsmöglichkeiten, Ressourcen oder Sicherheit ermöglicht. Das heißt, die Freiheit des Individuums hängt mit der Freiheit des Kollektivs zusammen, es existiert eine gegenseitige Verantwortlichkeit zwischen Individuum und Kollektiv.

C. Rätesystem: Räte sind kleinere Gruppen von Menschen, die aus Vollversammlungen bestimmt werden, um Entscheidungen vorzubereiten oder diese in größere Ebenen zu delegieren. Die Basis entscheidet, wie viel Vertrauensvorschuss sie den Räten gibt, also welche Entscheidungen sie autonom treffen dürfen.

D. Imperatives Mandat: Delegierte (z.B. in den Räten) vertreten immer die Entscheidungen der Strukturen, die sie entsenden. Das erfordert regelmäßige Rücksprache z.B. auf Vollversammlungen. Sie sind jederzeit abwählbar, um zu verhindern, dass sie ihre Position missbrauchen, wenn sie beispielsweise nicht das vertreten, wofür sie entsandt worden sind.

E. Vertrauensvorschuss bedeutet, dass eine größere Gruppe von Menschen (z.B. eine Vollversammlung) einer kleineren Gruppe (z.B. einem Rat) das Vertrauen zuspricht bestimmte Entscheidungen selbständig zu treffen. Zwar haben alle die Möglichkeit, bei Fragen, die sie betreffen, mit-entscheiden zu können. Aber um handlungsfähig zu bleiben, soll es auch möglich sein, dass Räte Entscheidungen treffen oder dass sich die Basis von diesen beraten lässt (z.B. von Expert*innenräten, die sich mit bestimmten Themen beschäftigen). Die Basis behält aber immer die Kontrolle und kann den

Vertrauensvorschuss jederzeit wieder entziehen.

F. Ko-Delegation: Es sollen immer mindestens zwei Delegierte aus einer Struktur entsandt werden, die so weit wie möglich die Zusammensetzung der Gesellschaft widerspiegeln (z.B. mindestens ein*e FLINT).

G. Autonome Organisierung auf allen Ebenen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung: Gruppen, die (heute) Unterdrückung erfahren, können am besten selber für ihre Bedürfnisse einstehen. Es kann z.B. Räte oder Vollversammlungen von BIPoC, Migrant*innen, Frauen*, Queeren Menschen, Menschen mit Behinderungen oder der Jugend geben. Ihre Perspektive ist essentiell, wenn wir diese Unterdrückung überwinden wollen, also wird ihre Stimme entsprechend gewichtet.

H. Beteiligung für alle ermöglichen: um sich an den selbstverwalteten Strukturen zu beteiligen, braucht es bestimmte Fähigkeiten (z.B. argumentieren, sich verständlich ausdrücken, Verantwortung übernehmen). Das zu lernen soll Teil der Erziehung und Bildung sein und ist damit auch eine Verantwortlichkeit der Kommune.(Siehe auch Thema Jugend, Bildung und Wissenschaft) Damit sich alle gleichberechtigt beteiligen können, muss jede Arbeit, auch reproduktive Arbeit, gleicher verteilt werden.(Siehe auch Thema Arbeit)

I. Gesellschaftskonsens: Vereinbarung über geteilte Werte und Regeln aller in einer Kommune lebenden Menschen. Die Formulierung erfolgt gemeinschaftlich, die Zustimmung erfolgt informiert und freiwillig. Der Gesellschaftskonsens ist durch regelmäßige offene Foren und Umfragen (z.B. jährlich) veränderbar.

1.2 Kommune

A. Eine Kommune ist eine Gemeinschaft von Menschen. Innerhalb dieser produzieren, konsumieren und gestalten die Mitglieder ihr Leben anhand geteilter Werte und Interessen. Jedem Individuum steht es frei, sich für eine Kommune zu entscheiden und sich auch mit Individuen anderer Kommunen zu organisieren. Der Begriff Kommune soll hier nicht gleichgesetzt werden mit der heutigen Kommune, die eine Verwaltungseinheit des kapitalistischen Staates darstellt.

B. Der Kern der gesellschaftlichen Selbstverwaltung ist die Kommune. Sie soll nicht zu groß sein, um den Bezug zueinander zu behalten und Selbstbestimmung zu garantieren. Sie kann eine Nachbarschaft oder ein kleines Dorf umfassen.

C. Delegierte der Räte aller gesellschaftlichen Teilbereiche (z.B. Nachbarschaften, Betriebe, autonome Organisation, Gerechtigkeitsstrukturen) tauschen sich aus und treffen Entscheidungen mit dem imperativen Mandat ihrer Basis.

D. Transparente Entscheidungen und möglichst große lokale Beteiligung durch leicht zugängliche Protokolle und niedrigschwellige Prozesse

E. Zuständig für alle lokalen Fragen: z.B. Wohnungsbau (und -verteilung), Lebensmittelverteilung, Bildung, Gerechtigkeit, Umweltschutz, Infrastruktur, Kommunalbesitz (und Verteilung davon), Selbstverteidigung.

1.3 Konföderation

A. Konföderation: lokale Selbstverwaltungseinheiten (Kommunen) schließen sich auch überregional entsprechend gemeinsamer Interessen zusammen. Es kann verschiedene Ebenen geben. In einer größeren Stadt wie Berlin würde ein Kiez eine Kommune bilden. Diese schickt Delegierte in die Konföderation auf Bezirksebene. Hieraus können dann wieder Delegierte in die Stadtebene geschickt werden usw. Die Kommunen haben dabei einen hohen Grad an Autonomie.

B. Freie Assoziation als Grundlage für überregionale Zusammenarbeit: allen Kommunen steht es frei, Delegierte zu schicken, gemeinsam können die beteiligten Kommunen sich auf Werte oder Ansprüche an die Mitglieder der Konföderation einigen

C. Über heutige nationalstaatliche Grenzen hinaus: diese Grenzen sind oft willkürlich gezogen und durchschneiden heute Gebiete, die eigentlich gemeinsame lokale Interessen haben (z.B. ökonomische oder weil sie am gleichen Gewässer liegen) oder Gebiete mit gemeinsamer Sprache oder Kultur.

D. Dezentral: Konföderationen sind ausschließlich zuständig für Bereiche, die die kommunale Ebene übersteigen (z.B. großflächige Infrastruktur wie Stromversorgung, Wasser, Verkehr, Internet; Warentausch, ÖPNV, ggf. Gerechtigkeit und Selbstverteidigung).

E. Unterschiedlichkeit des Gesellschaftskonsenses: auch wenn die Konföderation auf geteilten Werten basiert, kann jede Kommune für sich entscheiden, wie genau das gemeinschaftliche Leben gestaltet werden soll.

2. Übergangsphase

A. Materielle Basis: Wenn wir unsere Gesellschaft selbstverwaltet organisieren wollen, muss es allen ermöglicht werden, sich daran zu beteiligen. Aber wie können wir das in einer Phase schaffen, in der wir noch von Lohnarbeit abhängig sind, wir also all diese Aufgaben in unserer „Freizeit“ erledigen müssen? Ansätze dafür könnten Konzepte gegenseitiger Unterstützung und Umverteilung sein.

B. Systemkonflikt: Sobald die Strukturen der Selbstverwaltung einen Grad von Gegenmacht darstellen, der staatliche Strukturen wirklich überflüssig macht, wird der Staat das nicht einfach hinnehmen. Was bedeutet das für die Selbstverwaltung? Wie können wir uns darauf vorbereiten?

C. Interessenskonflikte: Niemand kann zur Selbstverwaltung gezwungen werden, anders als bei anderen Gesellschaftsformen. Aber wie gehen wir damit um, wenn ein großer Teil der Menschen an einem Ort sich dafür entschieden hat, sich selbst von unten zu organisieren, es aber Institutionen oder Organisationen gibt, die zentralisierte, autoritäre oder reaktionäre Gesellschaftsmodelle durchsetzen wollen?

D. Selbstversorgung vs. Wirtschaftliche Abhängigkeit: Durch die Globalisierung und der daraus folgenden Art und Weise, wie heute weltweit die Wirtschaft organisiert ist, ist kein Ort auf der Welt in der Lage, sich völlig selbstständig zu versorgen. Völlige wirtschaftliche Selbstversorgung - Autarkie - ist sowieso schwer erreichbar und vielleicht auch nicht wünschenswert.[17] Was bedeutet das also für den Fall, dass eine selbstverwaltete Gesellschaft zu Beginn nur in kleinen Gebieten aufgebaut wird? Wirtschaftlicher Austausch kann schnell zu Abhängigkeiten führen und damit als Druckmittel verwendet werden. Wie können wir das verhindern?

E. Internationale Vernetzung: Die Schlussfolgerung daraus ist, dass es langfristig nur funktionieren kann, wenn möglichst große Gebiete, oder sogar der ganze Planet, selbstverwaltet leben. Wenn wir Gegenmacht aufbauen, beginnt das meistens auf kleiner, lokaler Ebene. Wie können wir uns auf überregionaler, internationaler Ebene heute schon miteinander organisieren?

F. Stetiger Wandel vs. Stabilität: Wenn wir uns historische und aktuellere Revolutionen anschauen, gibt es Phasen von pro-aktiver Veränderung und des Aufbaus, aber auch Phasen, in denen das Bedürfnis nach Beständigkeit wächst. Gerade dann ist wichtig, die Revolution zu stabilisieren ohne sich

festzufahren, da die Gefahr besteht, wieder in alte, hierarchische Muster zu verfallen. Was ist eine gute langfristige Balance zwischen Stabilität und Beständigkeit auf der einen, und Offenheit für neue Perspektiven, Veränderung und Aufbau auf der anderen Seite?

3. Was können wir kurzfristig tun?

3.1 Gegenmacht aufbauen

A. Die Mittel bestimmen das Ergebnis, daher: Basisprinzipien der Selbstverwaltung (siehe oben) schon in heutigen gesellschaftlichen und politischen Strukturen umsetzen. Insbesondere Ko-Delegation und autonome Organisierung um z.B. am Arbeitsplatz, in Vereinen, Organisationen oder Nachbarschaftsräten die Zusammensetzung der Gesellschaft widerzuspiegeln.

B. Nachbarschaftsversammlungen stärken und neue bilden: dort kann gegenseitige Hilfe organisiert werden, es können Fähigkeiten und Ressourcen geteilt werden, Menschen, die nebeneinander wohnen, können sich miteinander vernetzen anstatt dass jede*r für sich allein mit alltäglichen Problemen fertig werden muss.

B.1. Nachbarschaftsräte daraus bilden, um mittelfristig diese Nachbarschaftsversammlungen für effektivere gemeinsame Selbstorganisation zu nutzen und verschiedene Versammlungen miteinander zu konföderieren. Damit sie für die Belange aller Beteiligten einstehen, sollten sie von der Basis (also der Vollversammlung) kontrolliert werden, nicht von staatlich geförderten und zentralisierten Institutionen, wie es beispielsweise beim Quartiersmanagement passiert.

B.2. Selbstorganisierte Räume dafür nutzen, verteidigen und neue aufbauen[18] [19]

C. Selbstorganisation und -verwaltung stärken: Bestehende Initiativen, Projekte und Vollversammlungen wie Kooperativen, Arbeitskämpfe von unten, migrantische und feministische Selbstorganisation stärken und verteidigen. Strukturen der gemeinsamen Organisation verschiedener Projekte aufbauen und den Austausch untereinander fördern.

C.1. Zusammenschluss von Kollektiven und Kooperativen, um

gemeinsam eine stärkere und stabilere ökonomische Position zu erlangen und sie zugänglicher zu machen.

D. Bekämpfung von allen faschistischen Strukturen: dazu soll es Aufklärung geben über Verstrickungen zwischen faschistischen Strukturen, dem Polizei- und Militärapparat und der Verwaltung. Der NSU-Komplex[20], die Schwierigkeiten bei der Aufarbeitung nach dem Hanau-Attentat[21], das Hannibal-Netzwerk und der Skandal mit dem MAD, bei dem Rechtsextreme innerhalb des Militärs vor Durchsuchungen gewarnt worden sind, zeigen, dass es tiefgehende Verstrickungen zwischen Rechtsextremen, den sogenannten ‚Sicherheitsbehörden' und dem Verwaltungsapparat gibt.[22] [23]

3.2 Reformen

A. Kollektive Organisation und Selbstverwaltung (am Arbeitsplatz, Wohnort usw.) gesetzlich ermöglichen: Gesetze, die kollektive Selbstverwaltung verhindern, sollen aufgehoben werden. Es soll eine gesetzliche Grundlage geschaffen werden, die genau dies ermöglicht.

A.1. Kollektives Eigentum gesetzlich ermöglichen: Rechtsformen für individuellen Besitz stehen einfach zu Verfügung. Kollektive und so anerkannte Rechtsformen gibt es aber kaum. Kollektive Initiativen haben z.B. kaum Zugang zu finanziellen Mitteln, weil sie von Banken nicht anerkannt werden.

A.2. Erweiterte und erleichterte Möglichkeit der Enteignung und Vergesellschaftung von Privatbesitz an Produktionsmitteln, Immobilien usw.: Verwaltung von diesem z.B. durch Nachbarschaftsräte oder Arbeiter*innenräte, wobei diese nicht mehr davon profitieren sollen als andere. Profite könnten investiert werden in die Ausweitung von Kooperativennetzwerken, vergesellschaftetem Wohnungsbestand etc.[24] [25] [26]

A.3. Vergesellschaftung gesetzlich ermöglichen: Genauso wie Privatisierung, kann auch Vergesellschaftung gesetzlich ermöglicht sein. Die Kosten der Vergesellschaftung sollen nicht von der Gesellschaft getragen werden. Wenn enteignete Eigentümer*innen entschädigt werden sollen, heißt das, dass sie maximal ihre ursprüngliche Investition zurück bekommen (nicht den heutigen Marktpreis), mit Abzug von schon gemachten Profiten - im Fall von Insolvenzen ist Schadensfreistellung ausgeschlossen.

B. Vermögens- und Erbschaftssteuer und Enteignung von großen Summen Kapital: Mit ökonomischer Macht kommt auch politischer Einfluss. Um diesen Einfluss einzudämmen, muss die ökonomische Macht von Menschen

mit großem Vermögen beschränkt werden.

B.1 Geld, das dadurch zur Verfügung steht, soll benutzt werden für den Aufbau sozialer Infrastruktur.

B.2 Um dafür zu sorgen, dass alle gleiche Chancen haben, sich zu entwickeln und einzubringen, ist es wichtig zu verhindern, dass ein ungleicher Zugang zu Ressourcen auf nächste Generationen übertragen wird. Eine Erbschaftssteuer kann dabei helfen, die unterschiedlichen Voraussetzungen mehr anzugleichen.

C. Lobbyismus beenden: Wie in Punkt 3.2.B. (Vermögens- und Erbschaftsteuer), ist im heutigen System politischer Einfluss mit ökonomischer Macht verbunden. Um den Einfluss von Großunternehmen auf die Politik zu unterbinden ist das Ende der Lobby ein Mittel. Außerdem findet Lobbying größtenteils abseits der Öffentlichkeit und der öffentlichen Kontrolle statt und ist damit intransparent und undemokratisch. Politische Beeinflussung insgesamt lässt sich kaum verhindern, soll aber transparent und für alle zugänglich sein.

Fußnoten u. Quellen

1. Mitspracherecht unterscheidet sich von Selbstbestimmung. Man darf vielleicht mitreden, aber nicht mitentscheiden und wenn das doch der Fall ist, sind z.B. Volksentscheide meistens nur empfehlend und nicht bindend. Außerdem gibt es viele Hürden, um überhaupt einen Volksentscheid durchführen zu können.
2. Peter Gelderloos, *Anarchy Works* (2010), Kap. I. „Human Nature ‚Aren't people naturally competitive?'" (Buch).
3. Peter Kropotkin, *Gegenseitige Hilfe* (1902), Kap. VII. u. VIII. „Gegenseitige Hilfe in unserer Zeit." (Buch).
4. *„Herrschaftsfreie Gesellschaften werden nicht mehr geleugnet"*, Junge Welt, 08.07.2017, Wochenendbeilage (Artikel).
5. H. Amborn, *Das Recht als Hort der Anarchie. Gesellschaften ohne Herrschaft und Staat*, Matthes & Seitz, 2016 (Buch).
6. J.C. Scott, *The Art of Not Being Governed: An Anarchist History of Upland Southeast Asia*, Yale University Press, 2009 (Buch).
7. JD Winters, *The Mbuti People, Ubuntu is Life*, 26.01.2021 (https://www.amplifyafrica.org/post/the-mbuti-people-ubuntu-is-life) (Artikel).
8. *Rebellion, Autonomy, and Communal Self-Government in the Indigenous Municipality of Cherán, Michoacán*, Its Going Down, (Artikel u. Podcast) 2. Okt. 2020 (https://itsgoingdown.org/rebellion-autonomy-communal-government-cheran).
9. Peter Kropotkin, *Die Eroberung des Brotes* (1892), Kap. III „Der anarchistische Kommunismus" (Buch).
10. Rhiannon Firth, *Mutual Aid, Anarchist Preparedness and COVID-19* (Artikel).
11. Plan C, *"At the end of the day, it's just us" – Mutual Aid, Direct Action and Disasters* (Artikel).
12. Common Ground Relief; https://www.commongroundrelief.org (Website).
13. Mutual Aid Disaster Relief; https://mutualaiddisasterrelief.org (Website).
14. Murray Bookchin, *The meaning of confederalism*, Kap. „Decentralism and Self-Sustainability", 1976 (Artikel).
15. Ibid., Kap. „Problems of Decentralism" (Artikel).
16. Diana Denham, C.A.S.A. Collective, *Teaching Rebellion: Stories from the Grassroots Mobilization in Oaxaca*, PM Press, 2008, Kap. „David", S. 288 (Buch).
17. *„Ohne kulturelle und politische Veränderungen im Ganzen können Dezentralisierungsprojekte, die das Gewicht auf regionale Abschottung und einen gewissen Grad an Selbstversorgung legen, zu kulturellem Provinzdenken und Chauvinismus führen. Provinzdenken kann genauso schwerwiegende Probleme hervorrufen wie eine »globale« Gesinnung, die die Einzigartigkeit der Kulturen und die Besonderheiten der Ökosysteme und ökologischen Regionen übersieht, und zudem den Wunsch nach einem humanen Gemeinschaftsleben ignoriert, das eine partizipatorische Demokratie möglich macht."* in Murray Bookchin, *Die Bedeutung des Konfederalismus*, kap. „Probleme der Dezentralisierung", 1976 (Artikel); Dazu sind bestimmte Güter lokal vielleicht nicht produzierbar wegen eines Mangels an bestimmten Rohstoffen oder weil die Umstände der Produktion vor Ort ungünstig sind.
18. Kiezkommune, *Das Konzept Kiezkommune* (Artikel).
19. Kiezhaus Agnes Reinhold, *Selbstverständniss* (Artikel).
20. *Analyse und Recherche*, NSU-Watch (https://www.nsu-watch.info/category/analyse-recherche) (Website).
21. *Angehörige und Überlebende fordern unabhängige Untersuchungskomission*, Initiative 19. Februar Hanau, März 2021 (Artikel)

22. IMI-Studie nr. 4, 4b, Informationsstelle Militarisierung e.V., Juli 2019, (https://www.imi-online.de/publikationen/imi-studien) (Magazine).
23. *Wie viel Staat steckt in rechten Terrorstrukturen?*, Kommunistischer Aufbau, Oktober 2019 (Broschüre)
24. Deutsche Wohnen und Co. enteignen, *Warum enteignen?* (Artikel).
25. Interventionisitische Linke, *Rotes Berlin*, 2018 (Broschüre)
26. Mieter*innen für die Demokratisierung der Wohnraumversorgung, *Kommunal & selbstverwaltet wohnen,* 2018 (Broschüre)

Gerechtigkeit

Wenn wir von Gerechtigkeit sprechen, meinen wir den Umgang mit Konflikten zwischen Menschen oder Menschengruppen. Oft steht dabei die Ausübung von Gewalt im Mittelpunkt. Wir verstehen Gewalt als ein Spektrum. Sie umfasst körperliche, sexualisierte, psychische und durch Worte verursachte Verletzungen. Gewalt kann auf der Straße zwischen Unbekannten oder hinter verschlossenen Türen in den engsten Beziehungen stattfinden. Beziehungen und Netzwerke können Unterstützung leisten und gleichzeitig Orte sein, an denen Gewalt ausgeübt wird. Oft ist Gewalt aber nicht individuell, sondern steht im Zusammenhang mit Vorurteilen, nicht ausgesprochenen Normen oder diskriminierenden Gesetzen und dient dazu, diese aufrecht zu erhalten. Diese Herrschaftsverhältnisse erzeugen Gewalt, die sich nicht nur physisch ausdrückt. Das nennen wir strukturelle und institutionalisierte Gewalt.[1]

Strukturelle und institutionalisierte Gewalt

In der heutigen Justiz sind nicht alle gleich, auch wenn das System es sich oft auf die Fahnen schreibt. Wer mehr Geld hat, kann sich bessere Anwält*innen leisten und wird somit eher freigesprochen oder muss nicht in den Knast, nur weil die Geldstrafe nicht gezahlt werden kann (sogenannte Ersatzfreiheitsstrafe). Wenn Menschen dafür bestraft werden, dass sie arm sind, ist das Klassismus. Für viele Schwarze Menschen und People of Color gehört es zum Alltag „verdachtsunabhängig" von der Polizei kontrolliert und gedemütigt zu werden (Racial Profiling).[2, 3] Feminizide werden als Einzelfälle verharmlost, anstatt sie als gesellschaftliches Problem zu sehen und Vergewaltigungen in der Ehe werden oft nicht als solche benannt.[4, 5] Und die Institutionen, die hinter all dem stehen – Justiz, Ämter, Polizei, Verfassungsschutz, etc. – sind unangreifbar.

Gleichzeitig spielt Eigentum oft eine wichtigere Rolle als das Wohl aller Menschen. Die meisten Gefangenen in der BRD sitzen wegen Eigentumsdelikten[6], wie einfacher Ladendiebstahl oder Bahn fahren ohne Ticket[7, 8], hinter Gittern. Knäste und andere Formen des Einsperrens (Lager, Abschiebezentren, Zwangspsychiatrie u.a.) isolieren, entmündigen, beuten aus, passen an und töten.[9, 10, 11]

Gewaltenteilung und Gesetze

In vielen heutigen Gesellschaften gibt es eine Gewaltenteilung. Diese ergibt Sinn um die Macht, über die Lösung von Konflikten zu entscheiden (Judikative), physische Gewalt auszuüben (Exekutive) und Regeln zu geben

(Legislative), nicht in dem gleichen Kreis von Personen zu konzentrieren. In der kapitalistischen Gesellschaft gibt es aber dennoch ein klares Machtmonopol in den einzelnen Bereichen und auch die Trennung bleibt nicht immer ganz klar (z.B. wenn Polizei, Geheimdienste und Justiz zusammenarbeiten).[12]

Größere Konflikte werden selten innerhalb der Gesellschaft unter den Beteiligten gelöst. Es wird sich darauf verlassen, dass einzelne Personen über langjährige Schicksale von Menschen richten (Judikative). Wenn Menschen sich selbst gegen Gewalt verteidigen, passiert es schnell, dass sie dafür verurteilt werden. Denn das Monopol für physische Gewalt liegt bei Polizei und Militär (Exekutive).[13] Gesetze werden im Parlament verabschiedet, wobei eine Beteiligung der Gesellschaft kaum möglich ist (Legislative).

Gesetze sind nicht das gleiche wie moralische Grundsätze. Letztere haben einen informelleren Charakter und werden von Menschen untereinander verhandelt und durchgesetzt. Moralische Grundsätze sind nicht überall und zu jeder Zeit gleich. Sie unterscheiden sich von Gemeinschaft zu Gemeinschaft. Werden sie bewusst als Alternative und auf den Grundsätzen von Solidarität und Emanzipation entwickelt, können sie zu mehr Gerechtigkeit führen.[14] Oft sind sie aber von Herrschaftsverhältnissen durchzogen und bleiben unhinterfragt. Daher haben sie viel Einfluss auf unseren moralischen Kompass und machen es uns schwer alternative Vorstellungen von Gerechtigkeit zu entwickeln. Es gibt Überschneidungen zwischen moralischen Grundsätzen und Gesetzen, weshalb es uns bei diesen Gesetzen richtiger erscheint sie zu befolgen (z.B. nicht töten).[15] Gleichzeitig gibt es Gesetze, die solidarischen Werten entgegenstehen (z.B. die Kriminalisierung von Migration und Flucht). Diese Art von Gesetzen ist für uns schwer nachvollziehbar, weil sie nicht in unserem, sondern im Interesse von Staaten und Profit gemacht sind.

In der heutigen Gesellschaft geht es also nicht darum, dass wir uns an Gesetze halten, weil wir diese sinnvoll finden. Oder dass wir uns, wenn wir Gewalt ausüben, damit auseinandersetzen können, woher dieses Verhalten kommt und was wir daran ändern können. Die Hauptmotivation sich an Gesetze zu halten, die nicht unseren Werten entsprechen, ist Angst vor den Konsequenzen. Dass diese äußere, durch Angst getriebene Motivation solidarische Verhaltensweisen erschwert, ist in der heutigen Gesellschaft sichtbar.

„Öffentliche Ordnung“ und Polizei

Die Idee der staatlich geregelten „Öffentlichen Ordnung“ entwickelte sich zusammen mit dem Kapitalismus in Europa. Bäuer*innen und Handwerker*innen waren durch Verschuldung und Enteignung gezwungen in die Städte zu ziehen. Dort begaben sie sich jedoch nicht freiwillig in abhängige

Lohnarbeit. Betteln, Sexarbeit, Diebstahl, Raub und das Umherziehen von Ort zu Ort dienten der Lebenserhaltung. Gleichzeitig entzogen sich Menschen auf diese Weise der staatlichen Kontrolle. Um die Gefahr von Aufständen zu senken und Menschen in die Lohnarbeit und somit die kapitalistische Ordnung zu zwingen, wurden diese unabhängigen Überlebensstrategien kriminalisiert und bestraft. Es war die sich entwickelnde Polizei, die dafür sorgte, dass Menschen gefangen genommen wurden, um in Arbeitshäusern und auf Schiffen Zwangsarbeit zu verrichten.[16]

Gleichzeitig entstanden staatliche Strukturen und Institutionen. Gemeinsam mit einem Wandel von religiösen und philosophischen Werten waren sie die Grundlage für eine tief sitzende Selbstdisziplinierung. Diese bewirkte über den Verlauf von Jahrhunderten einen gesellschaftlichen Wandel, in dem die Menschen kapitalistische Normen und Verhaltensweisen weitgehend internalisierten und als „menschliche Natur“ akzeptierten. Die massenhafte Ausübung von Gewalt durch eine herrschende Klasse wurde dabei nicht aufgegeben. Zusätzlich sorgten pseudowissenschaftliche Theorien dafür, dass arme Menschen und marginalisierte Gruppen von Natur aus als „kriminell“ angesehen wurden und somit auch ohne Grund gezielt überwacht und verfolgt werden konnten. Im 19. Jahrhundert kontrollierte die Polizei daher vor allem von armen Menschen bewohnte Stadtteile und konzentrierte sich auf die blutige Niederschlagung von Streiks.[17] Methoden zur Kontrolle und Überwachung wurden in deutschen Kolonien weiterentwickelt[18], während die Polizei im Nationalsozialismus unter anderem Jüd*innen, Rom*nja und Sinti*zze[19] (Sieh ‚Antirassismus & Dekolonialisierung‘) rassistisch verfolgte.[20]

Die heutigen Arbeits- und Denkweisen der deutschen Polizei bauen genau auf diesen diskriminierenden Mustern auf. Auch heute werden vor allem Gegenden, in denen viele migrantische und arme Menschen leben, zu sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“ erklärt.[21]

Aufgabe der Polzei und des Justizsystems ist somit nicht der Schutz aller Menschen, sondern der Schutz der jeweils aktuellen Herrschafts- und Eigentumsverhältnisse. Polizeigewalt und Rassismus sind keine Einzelfälle oder individuelles Fehlverhalten, sondern die strukturelle Basis der Polizei und des Justizsystems.[22]

Menschenverständnis

Oft wird behauptet, die Menschen seien an sich böse und deshalb brauche es harte Gesetze, um sie zu kontrollieren. Wir denken aber, dass das menschliche Denken und Handeln von den jeweiligen Erfahrungen und materiellen Lebensumständen geprägt ist. In einer Gesellschaft, in der alle Zugang zu guten Lebensbedingungen haben und gewaltvolle Unterdrückungsverhältnisse

und Beziehungen immer weiter abgebaut werden, eröffnen sich ganz andere Möglichkeiten der Persönlichkeitsentwicklung. Das soll nicht heißen, dass die Menschen von sich aus gut seien. Das ist etwas, das wir nur durch ernsthafte Auseinandersetzung mit uns selbst und mit viel Geduld herausfinden können. Wir gehen davon aus, dass Menschen sich selbst bis ins hohe Alter verändern und lernen können. Dabei gibt es uns Hoffnung zu sehen, wie Menschen sich auch heute, trotz der auf Konkurrenz und Strafe basierenden Ordnung, kooperativ verhalten und sich gegenseitig unterstützen.[23, 24]

Was wollen wir anders machen?

Wir sind überzeugt, dass es in einer klassenlosen Gesellschaft, die auf Solidarität und gegenseitiger Hilfe basiert, weniger Gewalt geben wird. Viele heute kriminalisierte Handlungen werden weniger Raum einnehmen. Wenn durch die Abschaffung des Eigentums die Grundbedürfnisse aller Menschen abgedeckt sind, wird es auch weniger Konflikte um Besitz geben. Die Gewalt wird jedoch nicht von einem auf den anderen Tag aufhören und es wird immer Konflikte geben, wenn Menschen zusammenleben.[25] Also brauchen wir konkrete Ideen, wie wir damit langfristig umgehen können. Um nicht wieder in alte Strukturen zu verfallen, sollten diese auf anderen Grundwerten aufbauen (siehe Einleitung Programm).

Im Mittelpunkt stehen dabei gegenseitige Verantwortlichkeit und die bewusste Einigung auf gemeinsame Vereinbarungen. Wenn wir Konflikte lösen wollen, sollte nicht die Verletzung von abstrakten Regeln im Vordergrund stehen, sondern die konkreten Handlungen von Personen und die Frage, was der Ursprung dieser Handlungen ist. Gleichzeitig muss uns bewusster werden, dass von Gewalt betroffene Menschen die Möglichkeit haben zu handeln.

Konfliktlösung sollte nicht mehr die Sache von einigen wenigen professionellen Menschen sein, sondern kollektiv getragen werden. Um dies zu ermöglichen, muss Konfliktlösung ein wesentlicher Bestandteil unserer Bildung werden.[26]

Selbst dann noch wird es Konflikte geben, die nicht einfach untereinander gelöst werden können. Deshalb haben wir uns erste Ansätze für Konzepte und Strukturen zur Konfliktlösung in einer befreiten Gesellschaft und den Umgang mit zwischenmenschlicher Gewalt überlegt und bereits existierende Konzepte zusammengetragen.

Die vorgeschlagenen Strukturen sind bewusst unabhängig von staatlichen Institutionen. Sie basieren darauf, dass alle in einer Gemeinschaft lebenden Personen sich freiwillig daran beteiligen und den gemeinsamen Grundsätzen informiert zustimmen.

Zugrunde liegende Konzepte

Awareness bedeutet bewusst und achtsam sein. Es geht darum Strukturen zu schaffen, die in akuten Situationen von übergriffigem Verhalten und Diskriminierung ansprechbar und handlungsfähig sind. Awareness-Konzepte benennen Machstrukturen (z.B. Rassismus, Patriarchat und Klassismus) im Verhalten von Personen, Strukturen und Institutionen, um sie aktiv zu verändern. Im Fokus steht dabei die betroffene Person und ihre Wünsche. Dafür sind drei Prinzipien wichtig:

1. Definitionsmacht: Jeder Mensch kann nur für sich selbst eigene Grenzen setzen und Erfahrungen definieren.[27]

2. Parteilichkeit: Vollständige, nicht hinterfragende Solidarität mit der betroffenen Person und deren Definition der Grenzüberschreitung.

3. Vertraulichkeit: Keine Handlung wird ohne den Wunsch der betroffenen Person vorgenommen. Dies gilt auch für die Weitergabe von Informationen.[28, 29]

In einem längeren Prozess, der auf eine Grenzüberschreitung folgen kann, ist es ratsam andere Konzepte anzuwenden, die die gewaltausübende Person und deren Perspektive miteinschließen. Diese Konzepte können Kollektive Verantwortungsübernahme, Transformative Gerechtigkeit und Intersektionalität sein[30]:

Kollektive Verantwortungsübernahme ("Community Accountability")[31,32,33]: Es geht darum, schon vor einer konkreten Gewaltausübung stabile Beziehungen und starke Gemeinschaften mit gemeinsamen Werten und Visionen (= communities) und Unterstützungsgruppen für betroffene und gewaltausübende Personen aufzubauen. Gewalt wird weniger als individuell, sondern mehr als systematisch verstanden.

Transformative Gerechtigkeit („Transformative Justice„)[34, 35, 36, 37]: Es handelt sich um einen gemeinschaftlich unterstützten Prozess. Die Gewalt ausübende Person soll Verantwortung übernehmen und ihr Verhalten und ihre Einstellungen dauerhaft verändern, anstatt bestraft oder ausgestoßen zu werden. Dies beinhaltet, die Gewalt zu beenden und bedingungslos anzuerkennen. Die von Gewalt betroffene Person soll sich (wieder) sicher fühlen und ihr Leben selbstbestimmt führen können. Weil Gewalt als strukturell betrachtet wird, sollen die gesellschaftlichen Bedingungen dafür verändert werden. Auch bei diesem Konzept werden gemeinschaftliche Werte und Praktiken entwickelt, die gegen Gewalt und Unterdrückung gerichtet sind.

Intersektionalität bedeutet, dass Menschen von verschiedenen sozialen Kategorien der Ungleichheit und den darauf basierenden Diskriminierungsformen gleichzeitig betroffen sein können. Diese lassen sich nicht voneinander trennen. Daraus entstehen dann neue Diskriminierungsformen, welche teilweise keine eigene Bezeichnung haben. Deshalb macht jede Person spezifische Erfahrungen, welche wiederum konkrete Auswirkungen auf gesellschaftliche Zugänge und Ausschlüsse haben.[38, 39]

1. Wo wollen wir langfristig hin?

1.1 Grundsätze

A. Gemeinschaftliche Verantwortung und Veränderung statt Bestrafung: Veränderung von Überzeugungen und Denkmustern, die die Grundlage unseres Verhaltens sind, passiert nicht durch Angst vor Strafe oder in Isolation, sondern durch intensive Auseinandersetzung damit.

B. Konfliktlösung ist die Grundlage für das Funktionieren von Gemeinschaften und soll daher nicht „nebenbei" passieren. Alle in einer Kommune lebenden Menschen sind mitverantwortlich.

C. Prozesse der Veränderung brauchen Zeit und bedeuten Arbeit. Personen, die diesen Prozess unterstützen, muss das ermöglicht werden.

D. Konflikte um Besitz: Wenn z.B. Diebstahl notwendig wird, dann deutet das meist auf ein kollektives Versagen hin, z.B. wegen ungleicher Verteilung. Die Veränderung der Kommune soll hier im Vordergrund stehen, statt nur ein individuelles Problem zu suchen.

E. Bedingungslose Ansprechbarkeit: Die Gerechtigkeitsstrukturen sind für alle Menschen ansprechbar. Alle Menschen werden angehört, unabhängig von z.B. Alter oder psychischer und mentaler Verfassung.

1.2 Dauerhafte Konzentration von Macht verhindern[40]

A. Trennung von Verantwortungsbereichen: Es gibt eine klare Trennung zwischen den Strukturen akuter Konfliktintervention (Einschreiten), kurz- bis langfristiger Konfliktbearbeitung und emotionaler Unterstützung, sowie den Verantwortlichen für das Zusammentragen des Gesellschaftskonsenses (siehe Punkt 1.2 C Gesellschaftskonsens).

B. Verantwortlichkeit und Rechenschaftspflicht: Personen, die Teil der Gerechtigkeits- und Interventionsstrukturen (siehe Punkt 1.3 Struktur) sind, erfüllen zeitlich befristet eine Aufgabe. Sie sind immer verantwortlich für ihr Handeln und können dafür zur Rechenschaft gezogen werden. Dafür gibt es sowohl interne Kontrollmechanismen (z.B. regelmäßige Supervision, Selbstreflexion, Gruppenreflexion, Anfertigung von Berichten), als auch unabhängige, für alle einfach zugängliche Beschwerdemöglichkeiten. Neben lokalen Vollversammlungen (siehe Programmteil Selbstverwaltung) als offener Beschwerdestelle werden weitere nach Bedarf entwickelt.

C. Gesellschaftskonsens: Gerechtigkeits- und Interventionsstrukturen erhalten ihre Legitimität durch einen Gesellschaftskonsens. Dieser ist eine Sammlung der Vereinbarungen aller in einer Kommune lebenden Menschen, Ergebnis eines Aushandlungsprozesses und durch regelmäßige Foren veränderbar (siehe Programmteil Selbstverwaltung). Hier kann sich auf klare Grenzen der Handlungsmöglichkeiten verschiedener Strukturen geeinigt werden.

1.3 Struktur:

A. Ansprechpersonen für Konflikte (Awareness-Strukturen) sind die kleinsten lokalen Einheiten der Gerechtigkeitsstrukturen. Sie sollten in jedem Lebensbereich (z.B. Hausgemeinschaft, Arbeitsplatz, öffentliche Plätze) rund um die Uhr ansprechbar sein. Sie sind in akuten Situationen vor allem zuständig für die unmittelbare emotionale Unterstützung der betroffenen Person(en) und bieten einen Schutzraum. Wenn Konflikte nicht direkt gelöst werden können, wenden sich die Beteiligten an Gerechtigkeitskommissionen. Die Awareness-Strukturen sind nicht für physisches Eingreifen (z.B. Festhalten) verantwortlich.

B. Gerechtigkeitskommissionen sind auch Teil der Gerechtigkeitsstrukturen und in einem größeren Gebiet (z.B. der jeweiligen Kommune) für die langfristige Bearbeitung von Konflikten zuständig. Eine Voraussetzung ist deshalb, dass sie sich intensiv zum Thema Konfliktlösungsmethoden gebildet haben. Bei Konflikten, in denen es um zwischenmenschliche Gewalt geht, arbeiten sie sowohl mit den Betroffenen, als auch mit den Gewalt ausübenden Personen und deren Unterstützungskreisen zusammen und orientieren sich dabei an den oben beschriebenen Konzepten.

C. Interventions-Teams sind für physisches Eingreifen verantwortlich und Teil der Selbstverteidigungsstrukturen (siehe Programmteil Selbstverteidigung). Priorität sollte immer eine mündliche Klärung von Konfliktsituationen

sein, daher arbeiten sie mit den Awareness-Strukturen zusammen (sind z.B. immer zusammen unterwegs). Dabei entscheiden die Personen der Awareness-Strukturen, wann die Interventions-Teams eingreifen sollen. Den Vertrauensvorschuss physische Gewalt auszuüben, können sie nur durch die Gemeinschaft erhalten. Trotzdem besteht die Gefahr eines Machtmonopols oder Machtmissbrauchs. Deshalb sind klare Grenzen und Kontrollmechanismen hier besonders wichtig. Dürfen sie z.B. eine Person einsperren, deren Verhalten eine akute Gefahr für das Leben anderer darstellt, bis die Gerechtigkeitskommission kontaktiert wird?

D. Gerechtigkeitsforum: Kann von den Beteiligten eines Konfliktes, der jeweiligen Gerechtigkeitskommission oder den zugehörigen Vollversammlungen oder Räten einberufen werden, wenn ein Konflikt die Grenzen der Gerechtigkeitskommission überschreitet. Es ist auch zuständig für Konflikte zwischen verschiedenen Kommunen.

D1. Aufbau des Gerechtigkeitsforums könnte so aussehen: es sind alle am Konflikt beteiligten Personen anwesend, außerdem Delegierte der jeweils Beteiligten und weiterer Gerechtigkeitskommissionen sowie ggf. Delegierte autonomer Strukturen (siehe Programmteil Selbstverwaltung). Außerdem kann es feste Funktionen geben, die dafür da sind, Struktur zu geben (z.B. Moderation, Ablauf, Protokoll). Diese werden von Menschen zeitlich begrenzt, die nicht an der Entscheidung beteiligt sind.

D2. Öffentlich: auch nicht direkt am Konflikt Beteiligte können mitreden oder zumindest immer zuhören. Die am Konflikt beteiligten Personen und ihre Unterstützungskreise haben mehr Mitspracherecht.

D3. Gemeinsame Entscheidungen: je nachdem ob es um einen Konflikt zwischen Personengruppen oder Einzelpersonen geht, sollten möglichst viele direkt oder indirekt Beteiligte mitentscheiden können. Sollte dies nicht gelingen, können die Delegierten der Gerechtigkeitskommissionen und autonomen Strukturen Entscheidungen treffen. Bei diesen Entscheidungen geht es um den Schutz der von Gewalt betroffenen Person(en) und der Ermöglichung des gesellschaftlichen Zusammenlebens.

E. Welche Entscheidungen können von Awareness-Strukturen, Gerechtigkeitskommissionen und Gerechtigkeitsforen getroffen werden und wie viel Zwang darf eingesetzt werden, um diese Entscheidungen durchzusetzen? Das sollte im Gesellschaftskonsens gemeinsam festgelegt

werden und ist dementsprechend nicht in allen Kommunen gleich. Jede Kommune sollte klären, ob dort Personen eingesperrt werden dürfen; wie sie sich gegenüber Menschen verhalten, die lange keine Bereitschaft zur Veränderung ihres gewalttätigen Verhaltens zeigen; ob und ab wann sie einen Ausschluss aus der Kommune für gerechtfertigt halten und wie die getroffenen Entscheidungen angefochten werden können.

BEISPIEL *Person X und Person Y, die sich eine Wohnung teilen, haben einen Streit, bei dem X anfängt, Y zu schlagen. Das Awareness-Team des Häuserblocks würde hier dafür sorgen, dass Y aus der Situation rauskommt, indem sie z.B. X auffordern die Wohnung zu verlassen oder Y in die Räume der Gerechtigkeitsstrukturen begleiten. Für den Fall, dass X auch nach Aufforderung weiter gewalttätig ist, kann das lokale Interventions-Team einschreiten. Um die Wurzel des Konflikts zu lösen (Wieso haben sich die beiden gestritten? Woher kommt das gewaltausübende Verhalten von X? Was braucht Y, um sich in der Wohnung wieder sicher zu fühlen?) ist in den nächsten Tagen/ Wochen/ Monaten die Gerechtigkeitskommission des Kiezes zuständig.*

2. Übergangsphase

A. Gewaltvolle Verhältnisse überwinden: Wie oben beschrieben gehen wir davon aus, dass es langfristig weniger Gewalt geben wird. Heute befinden wir uns in einem Kreislauf, in dem gewaltausübende Menschen oftmals eigene Gewalterfahrungen gemacht haben. Um diesen Kreislauf zu durchbrechen ist eine Transformation der gesamten Gesellschaft notwendig. Was heißt das aber für die Übergangsphase, in der wir alle diese gewalttätigen Verhältnisse noch in uns tragen und reproduzieren? Anders als in der Logik des strafenden Staates denken wir nicht, dass wir staatliche Zwänge brauchen, um Menschen „im Zaum“ zu halten. Der Mensch an sich ist nicht „böse“ und ohne Staat werden wir nicht sofort in einer „Mad-Max-Gesellschaft“ enden. Um die „guten“ Seiten hervorzuheben, also nach und nach eine weniger gewaltvolle Gesellschaft aufzubauen, müssen würdevolle Lebensbedingungen für alle ermöglicht werden.[41]

B. Polizei abschaffen … und dann? Mindestens so lange wie wir die Gewalt dieses Systems in uns tragen, wird es Strukturen brauchen, die einschreiten und Konflikte begleiten können. Damit die von uns vorgeschlagenen Strukturen dafür sorgen, dass wir die Polizei und das Justizsystem abschaffen können, müssen sie aber von einer Mehrheit der Gesellschaft anerkannt werden, die sich aktiv daran beteiligt.[42]

C. Entstehung alternativer Strukturen wird durch die Abwesenheit staatlicher Gewaltstrukturen begünstigt: Das sehen wir z.B. daran, dass Transformative Gerechtigkeit ihren Ursprung in marginalisierten Communities in den USA hat, in denen es keine Option ist, die Polizei zu rufen. Oder am Awareness-Konzept, das aus dem Bedarf entstand, auch in linken Räumen Strukturen der Gewaltprävention zu haben, die intersektionale Konzepte miteinbeziehen und unabhängig vom Staat sind.

D. Bildung zu Gerechtigkeit: Um diese neuen Konzepte zu verinnerlichen, weiterzuentwickeln und auf einer immer breiteren gesellschaftlichen Ebene umzusetzen, sind zugängliche Bildungsangebote in einer Übergangsphase besonders wichtig.

E. Aufarbeitung der Verbrechen, die im Kapitalismus begangen wurden: Wie kann ein Umgang mit Täter*innen (z.B. militärische Befehlshaber*innen, Diktator*innen oder gewissenlose Unternehmer*innen) aussehen? Wie gehen wir mit dem Widerspruch zwischen dem nachvollziehbaren Bedürfnis nach Rache gegenüber den Verantwortlichen für das heutige Leid und dem Glauben, dass jede Person sich verändern kann, um? Und was ist mit den „kleinen Rädchen im Getriebe“? Also Menschen, die heute z.B. im Jugendamt, Jobcenter oder BAMF („Bundesamt für Migration und Flucht“) arbeiten und Menschen dort bewusst schikanieren und diskriminieren? Es ist für uns klar, dass heutige staatliche Funktionsträger*innen keine Entscheidungspositionen oder die Legitimität zur Gewaltausübung bekommen sollten. Gleichzeitig können wir nicht alle, die sich nicht verändern wollen, ausschließen, denn daraus kann sich schnell eine Konterrevolution bilden.

3. Was können wir kurzfristig tun?

3.1 Gegenmacht aufbauen

A. Ansprechpersonen für Konflikte (Awareness-Strukturen): Die Strukturen, die es bereits gibt, sollen gestärkt und neue aufgebaut werden. In allen größeren Organisierungen und Gemeinschaften, z.B. am Arbeitsplatz, in Gruppen, Vereinen und in Hausgemeinschaften sollte es Ansprechpersonen für Konflikte geben.

B. Städteweite Gerechtigkeitskommissionen können zeitweise gebildet werden, wenn z.B. Konflikte zwischen Personen aus verschiedenen Gruppen und Communities auftreten. Dafür sollten sich u.a. Delegierte der verschiedenen Awareness-Strukturen zusammensetzen.

C. Aufbau von selbstverwalteten Schutz- und Unterstützungskonzepten: z.B. Kiez- und Hausschutz gegen faschistische Angriffe oder sexualisierte Übergriffe (siehe Programmteil Selbstverteidigung).

D. Autonome Beratungsangebote und Anlaufstellen stärken und neue aufbauen, die für die Betroffenen von Gewalt und Diskriminierung da sind. Daneben sollten auch Anlaufstellen oder Gruppen für die Auseinandersetzung mit eigenem gewaltausübendem Verhalten (alternative Täter*innenarbeit) aufgebaut werden.

E. Unsichtbarkeit und Vereinzelung überwinden: Raum für gemeinschaftlichen Austausch über erlebte Gewalt schaffen. Themen wie rassistische, sexistische und andere strukturelle Gewalt sichtbar machen. Eigenverantwortliche Auseinandersetzung mit den eigenen Privilegien (siehe Programmteile Antirassismus & Dekolonialisierung, Feminismus) z.B. durch regelmäßige Bildung und Reflexion an Arbeitsplätzen, in Bildungseinrichtungen, in Wohngemeinschaften und in Gruppen. Anerkennen, dass alle potenzielle Täter*innen sind.

F. Entwicklung einer „Eingreif-Kultur“: Viel zu oft erleben wir, wie zwischenmenschliche Gewalt im öffentlichen Raum ausgeübt wird und die meisten Menschen wegschauen. Es reicht nicht, wenn vereinzelt Menschen lernen, einzugreifen. Es muss selbstverständlich sein, dass in solchen Situationen immer Unterstützung für die betroffenen Personen gewährleistet wird. Ein Anfang könnten Öffentlichkeitskampagnen sein, um mehr Aufmerksamkeit zu schaffen.

G. Aufbau breiter, selbstorganisierter Geldtöpfe[43]: Wenn viele in diese Töpfe

das einzahlen, was sie übrighaben, können z.B. Ersatzfreiheitsstrafen[44] und Untersuchungshaft verhindert werden, indem die Kosten oder die Kaution kollektiv getragen werden.

H. Existierende unabhängige Strukturen und Konzepte zur Gewaltprävention stärken: z.B. akzeptierende Drogenarbeit, Theater- und Medienprojekte, Streetwork. Teil davon zu sein ermöglicht zu erfahren, welche Herausforderungen es gibt und wie viel Kraft es geben kann, sich gegenseitig auf Augenhöhe zu unterstützen.

3.2 Reformen

Gesetze, Sicherheits- und Justizbehörden sowie andere Zwangseinrichtungen (z.B. Lager, Zwangspsychiatrien und Heime) sind nicht grundlegend reformierbar, denn sie dienen dazu bestehende Verhältnisse zu schützen (siehe Einleitung). Das mittelfristige Ziel ist die Abschaffung dieser Institutionen, vor allem der Polizei.[45] Gleichzeitig brauchen wir sofortige Maßnahmen, um Kriminalisierung, Mord und Gewalt z.B. durch die Polizei zu verhindern. Kurzfristig ausgerichtete Reformen und der Aufbau alternativer, langfristig ausgerichteter Gerechtigkeitsstrukturen müssen sich nicht widersprechen.[46]

Gesetze

A. Abschaffung aller gesetzlichen Grundlagen für strukturelle Gewalt, z.B. ein Ende der Kriminalisierung von Sexarbeit[47] und Abtreibungen[48], von Ersatzfreiheitsstrafen[49], sowie von sogenannten „verdachtsunabhängigen Kontrollen", die Racial Profiling[50] ermöglichen. Einführung des selbstbestimmten Geschlechtseintrags[51] und Streichung des Betäubungsmittelgesetzes.

B. Abschaffung aller rassistischen Sondergesetze und Konzepte[52], z.B. des „Aufenthaltsgesetzes"[53], indem neben vielen rassistischen Maßnahmen auch die Residenzpflicht festgelegt ist oder von Konzepten wie „Clankriminalität".[54]

Polizei und Sicherheitsbehörden

C. Unabhängige Kontroll- und Ermittlungsinstanz für Polizei und andere Sicherheitsbehörden durch Delegierte aus Betroffenengruppen, unabhängigen Beratungsstellen und zu diesem Thema arbeitenden Organisationen.[55]

D. Defund the Police: Abzug finanzieller Mittel von der Polizei. Umverteilung z.B. in sozialen Wohnungsbau, Gesundheitsversorgung und Bildungswesen.[56]

E. Stopp geplanter und Rücknahme erweiterter Polizeibefugnisse, sowie von Aufrüstungen (Waffen, Technologie) und Gesetzesverschärfungen der letzten Jahre.[57]

F. Keine Polizei bei psychischen Krisen: Entwicklung von Konzepten zur unabhängigen Intervention bei psychischen Krisen, Gewalt in Beziehungen und Familie, sowie keine Zusammenarbeit sozialer Einrichtungen mit der Polizei.[58]

G. Aufklärung aller Todesfälle in Gewahrsam und Entwicklung von Mechanismen zu deren Verhinderung. Die Mehrheit der Betroffenen tödlicher Gewalt im Knast oder in Polizeigewahrsam sind nicht weiß.[59]

Andere Institutionen

H. Regelmäßige Schulungen in allen öffentlichen Institutionen: Strukturelle und institutionelle Gewalt und Unterdrückung verschwinden nicht von allein. Es bedarf gezielter Schulungen und Sensibilisierung z.B. an Schulen, in Ämtern und im Gesundheitswesen.

I. Unabhängige Beschwerdemöglichkeiten in allen öffentlichen Institutionen.

Fußnoten u. Quellen

1. LesMigraS, *Unser Gewaltverständis*, LesMigraS Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V., 2015 (Definition)
2. *Rassistische Polizeigewalt in Europa*, Arte, 2020 (Video)
3. *Die Berliner Kampagne: Ban! Racial Profiling – Gefährliche Orte abschaffen!*, Stellungnahme, KOP – Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt, 2017 (Artikel)
4. Netzwerk gegen feminizide – wir wollen uns lebend (Internetseite)
5. Kiezkommune, *Feminizid, was ist das nochmal?!*, kiezkommune.noblogs, 2021 (Artikel)
6. Statistisches Bundesamt (Destatis), *Rechtspflege – Strafvollzug– Demographische und kriminologische Merkmale der Strafgefangenen zum Stichtag 31.3.2018*, 2018 (Statistik)
7. Naturfreunde Jugend Berlin, *Entknastung!*, 2021 (Artikel)
8. KNAS - Initiative für den Rückbau von Gefängnissen (Internetseite)
9. kaos, Offenes anarchistisches Treffen in München, *Die Rolle der Gefängnisse innerhalb der Gesellschaft*, 2018 (Broschüre)
10. Anarchist Black Cross, *Agitation And Action, Eine Einführung in die Knast-Kritik*, (Artikel)
11. August O'Clairre, *Take your Mark, Get Ready, Ablate: 3 positions against prisons*, (Broschüre)
12. Anna Luczak, *Kontrolle von Polizeihandeln: Schwierige Wege führen selten zum Ziel, Cilip*, 2019 (verschriftlichter Vortrag)
13. Prozessbericht vom 18.2.2021 / Justizwatch & Culture of Deportation, *VG Stuttgart legitimiert rassistische Polizeigewalt in Ellwangen und gibt Freibrief für Razzien in Erstaufnahmezentren ab 6 Uhr morgens*, KOP – Kampagne für Opfer rassistischer Polizeigewalt, 2021 (Artikel)
14. ¿Zapalotta?, *¿Wer sind die Zapatistas?*, 2021 (Artikel)
15. Ein wichtiger Aspekt ist hierbei der Einfluss von Religionen, insbesondere die durch Kolonialismus und Missionierung gewalttätig durchgesetzte Dominanz christlicher Wertvorstellungen. Diese ist auch in vermeintlich nicht-religiösen Staaten, wie Deutschland sehr wirksam.
16. Silvia Federici, *Caliban und die Hexe. Frauen, der Körper und die ursprüngliche Akkumulation*, 2020, 7. Auflage, Mandelbaum Kritik & Utopie (Buch).
17. Lea Pilone, *Frieden für die Obrigkeit*, Analyse & Kritik, 2021 (Artikel)
18. Deutschland verübte in seiner Kolonie, dem heutigen Namibia, einen Genozid an den Herrero und Nama. Im Zuge dessen wurden die ersten deutschen Konzentrationslager errichtet; Jephta Nguherimo, *Völkermord an Herero und Nama: Entschuldigung genügt nicht*, 2021 (Artikel)
19. Diese rassistische und antisemitische Verfolgung setzt sich nicht nur heute fort, sondern hat eine lange institutionelle und strukturelle Geschichte in Europa
20. Nelli Tügel & Jan Ole Arps, *»Wir müssen uns aus dem polizeilichen Blick herausarbeiten«*, Analyse & Kritik, 2020 (Artikel)
21. KOP Berlin, *Racial Profiling – Alltäglicher Ausnahmezustand – Ein Gespräch mit Betroffenen*, KOP Berlin Youtube-Kanal, 2020 (Video)
22. In diesem Podcast geht es u.a. auch um die Entstehung der Polizei in den USA im Kontext der Aufrechterhaltung von Versklavung. Radio Dreyeckland, *Sicherheit für wen?! Institutionalisierte Diskriminierung in der Polizeiarbeit und alternative Ansätze – Eine Podcastreihe*, 2021 (Podcast)
23. Hillary Lazar, *Love, Care, and Mutual Aid as Community Self-Defense, Life, Freedom & Ethics: Kropotkin Now!* (Day 2, Saturday Sessions 1A & 2A), ab 3h 57m, 2021 (Video-Aufzeichnung)

24. Lee Dugatkin, *Kropotkin's Law of Mutual Aid: An Evolutionary Perspective, Freedom & Ethics: Kropotkin Now!* (Day 1, Friday Sessions 1 & 2), ab 2h 58m, 2021 (Video-Aufzeichnung).
25. Georges Fontenis, *Manifesto of Libertarian Communism*, Kapitel: „Defence of the Revolution", 1953 (Manifest)
26. Konsens lernen (Internetseite mit vielen Materialien)
27. Das schließt alle Personen mit ein, die an einer Konfliktsituation beteiligt sind und heißt nicht, dass aufgrund der Definition einer einzelnen Person Andere bestraft werden
28. Ann Wiesental, *Antisexistische Awareness – Ein Handbuch*, Unrast-Verlag, 2017, S. 7-26 (Buch)
29. Ann Wiesental, *Antisexistische Awareness – Vortrag und Diskussion mit Ann Wiesental*, AStA der JLU Giessen, 2021 (Vortrag)
30. Diese bereits in der Praxis gelebten Alternativen sind innerhalb von Communities entwickelt worden, die gleichzeitig mit verschiedensten Formen staatlicher, gesellschaftlicher und zwischenmenschlicher Gewalt konfrontiert sind: z.B. Schwarze Frauen*, nichtbinäre oder illegalisierte Menschen. Auch Konzepte und Bewegungen zur Abschaffung der Polizei und Gefängnisse wurden und werden von diesen Communities geprägt.
31. The Barnard Center for Research on Women, *What is Accountability?*, BCRW Videos, 2018 (Video)
32. Transformative Justice.eu (Internetseite)
33. Melanie Brazzell (Hrsg.), *Was macht uns wirklichsicher? Toolkit für Aktivist_innen*, S. 4-10, 2017 (Toolkit)
34. *Gedanken über gemeinschafliche Hilfe in Fällen von intimer Gewalt* (Broschüre)
35. Awarenetz und ignite! Kollektiv, *Transformative Gerechtigkeit & Kollektive Verantwortungsübernahme – Ein Diskussionsbeitrag*, Archive.org, 2021 (Broschüre)
36. What Really Makes Us Safe? Transnational Transformative Justice Project (Internetseite)
37. Ann Wiesental, *Antisexistische Awareness – Ein Handbuch*, Unrast-Verlag, 2017, S. 57-78 (Buch)
38. LesMigraS, *Was ist Mehrfachzugehörigkeit und Mehrfachdiskriminierung?*, LesMigraS Antidiskriminierungs- und Antigewaltbereich der Lesbenberatung Berlin e.V., 2012 (Definition)
39. Ann Wiesental, *Antisexistische Awareness – Ein Handbuch*, Unrast-Verlag, 2017, S. 79-86 (Buch)
40. CrimethInc., *Fire Extinguishers and Fire Starters – Anarchist Interventions in the #SpanishRevolution, an account from Barcelona*, Abschnitt: „Grave Errors of the Protagonists of the Central Assembly", 2011 (Artikel)
41. Vanessa E. Thompson & Daniel Loick im Gespräch mit Simone Miller, *Philosophie des Abolitionismus. Gewalt nicht mit Gewalt beantworten*, 2021 (Audiobeitrag)
42. Ein konkretes Konzept zur Abschaffung der Polizei sowie umfassende Daten zur aktuellen Polizeiarbeit in Sachsen hat Copwatch Leipzig entwickelt und zusammengestellt; Copwatch Leipzig, *Hier & Jetzt: Solidarität statt Polizei – Ein Konzept zur Abschaffung der Polizei in Deutschland*, 2021 (Konzept)
43. Ähnlich wie das Konzept der Roten Hilfe, nur unabhängig vom explizit aktionistischen Charakter der Bestrafung. „Die Rote Hilfe ist eine Solidaritätsorganisation, die politisch Verfolgte aus dem linken Spektrum unterstützt."; Rote Hilfe e.V, *Wer ist die Rote Hilfe?* (Internetseite)
44. Ein bereits existierendes Beispiel für solch einen Fonds ist der Freiheitsfond. Dieser „befreit deutschlandweit Menschen aus dem Gefängnis, die wegen ‚Fahren ohne Fahrschein' hinter Gittern sind"; Freiheitsfonds - Raus aus der JVA (Internetseite), https://freiheitsfonds.de
45. Alex Vitale, *The Growing Crisis in Policing: In Conversation with Alex Vitale*, It's Going

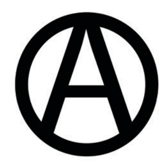
Down, 2021 (Podcast)
46. Michèle Winkler & Benjamin Derin, *#Polizeiproblem abschaffen? – Einführende Skizzen zur Kritik der Polizei*, Cilip, 2021 (Artikel)
47. Hydra – Treffpunkt und Beratungsstelle zu Sexarbeit und Prostitution (Internetseite).
48. „What the Fuck!?" Bündnis (Internetseite)
49. Kampagne zur Abschaffung der Ersatzfreiheitsstrafe (Internetseite)
50. Bafta Sarbo, *Wie polizeiliches Racial Profiling Rassismus anheizt*, Analyse & Kritik, 2020, (Artikel)
51. Bundesverband Trans* e.V., Sechs Forderungen für eine gelungene TSG-Nachfolgeregelung, 2021 (Forderungskatalog).
52. akj-berlin, *Die gesetzliche Diskriminierungsfalle: Diskriminierende Kontrollen und Aufenthaltsgesetzgebung*, Cilip, 2013 (Artikel)
53. „Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet" (Gesetzestext)
54. Bafta Sarbo, *Wie polizeiliches Racial Profiling Rassismus anheizt*, Analyse & Kritik, 2020, (Artikel)
55. #EntnazifizierungJetzt (Internetseite).
56. Melanie Brazzell & Vanessa Thompson, #111 „Defund the Police": *Eine Welt ohne Polizei – geht das?*, Dissens Podcast, 2021 (Podcast)
57. Dirk Burczyk, Aufgaben- und Befugniszuwachs für die Bundespolizei, Cilip, 2021 (Artikel)
58. Johanna Mohrfeldt (ReachOut), *Kein Einzelfall – Rassistische Kriminalisierung von Jugendlichen durch die Polizei, Berlin Rechtsaußen* – Der Berlin-Blog vom apabiz, 2020 (Artikel)
59. Kampagne „Death in Custody" (Internetseite)

Weitere Gruppen und weiterführende Infos

- Gefangenen-Gewerkschaft Bundesweite Organisation
- Anarchist Black Cross Berlin
- Criminals for Freedom – Gemeinsam rebellisch, gemeinsam gefährlich
- Radio Durchbruch – Widerständiges und aktives Antiknastradio

Leseempfehlung

- Angela Davis, *Are prisons obsolete?*, 2003
- Michel Foucault, *Überwachen und Strafen*, 1975 (Buch)
- Larry Tifft und Dennis Sullivan, *Struggle to be Human: Crime, Criminology and Anarchism*, 1980 (Buch)



Perspektive Selbstverwaltung ist eine revolutionäre Organisation im Aufbau

Unsere Pfeiler sind: Freiheit, Gegenseitige Hilfe, Feminismus, Antirassismus, Soziale Ökologie, Klassenkampf, Direkte Aktion, Föderalismus und Internationalismus

Wir sind der Meinung, dass wir nicht warten müssen, um unsere Ideale in irgendeiner glorreichen Zukunft realisiert zu sehen. Wir müssen im Hier und Jetzt anfangen, unsere Ideale umzusetzen und damit zu experimentieren, damit wir die Erfahrung haben, die wir brauchen, für den definitiven Bruch.

Hört sich das interessant an? Nimmt Kontakt mit uns auf oder besuch eine von unseren Aktivitäten.

“Wir können uns nur selbst befreien”

perspektivesv.noblogs.org

twitter.com/perspektive_sv
instagram.com/perspektive_sv